

---

**Protokoll**

Sitzung Nr. 8  
 Datum **Mittwoch, 20. Oktober 2010**  
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 22.35 Uhr

---

Vorsitz	Mirjam Veglio, 1. Vizepräsidentin	SP 1
StimmzählerIn	Klaus Jost Nicole Zeiter	SVP 1 SP 1
Mitglieder	Martin Kocher Hans-Jörg Rhyn Peter Traber	SP 3
	Elisabeth Aebi-Lehmann Peter Bähler Hans Peter Baumann Marianne Baumann Markus Burren (ab 19.34 Uhr) Marianne Pfister Bettina Ritter Armin Röthlisberger	SVP 8
	Heinz Buser Ulrich Bütikofer Adrian Gehri (ab 19.33 Uhr) Ralph George (ab 19.34 Uhr) Patrick Heimann Urs Julmy Markus Lötscher Johanna Thomann	FDP 8
	Thomas Ackermann Susanne Meierhans Denise Mellert	CVP 3

	Notta Arn-Wiedmer Pierre-Yves Crettenand Roland Stucki Annemarie Zingg	EVP 4
	Anne-Lise Greber-Borel Marceline Stettler Edith Vanoni-Rempfler Bruno Vanoni	GFL 4
	Toni Oesch	FdU 1
		34
Abwesend	Andreas Byland, Präsident Beat Nydegger Markus Dietiker Hannah Einhaus Elisabeth Wendelspiess Christoph Merkli	FDP 1    SP 4 GFL 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Joseph Crettenand Michel Cotting Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Beigezogen	Daniel Bichsel, Finanzverwalter, Traktandum Nr. 87 und 88	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	4 (+2 Medien)	

## Geschäfte

86	Pro Protokoll <b>Protokoll vom 15. September 2010</b>	<b>266</b>
87	1.7.2 Politikplan <b>Politikplan 2011 bis 2015</b>	<b>266</b>
88	25.201. Voranschlag (Zustandekommen) <b>Voranschlag 2011</b>	<b>273</b>
89	1.92. Parlamentarische Vorstösse <b>Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Stärkung der Kommissionsarbeit"; Erheblicherklärung</b>	<b>298</b>

90	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend Hirzi-Allee</b>	<b>298</b>
91	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Interpellation Hans-Jörg Rhyn betreffend Nachtruhestörung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer durch Raser auf Bernstrasse und Kirchlindachstrasse</b>	<b>299</b>
92	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Markus Burren Betreffend Baugesuch (Vergärung Grün- und Gärgut) der ARA Worblental</b>	<b>300</b>

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

---

## Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, werte Pressevertreter und werte Gäste. Ich begrüsse euch ganz herzlich zur Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderates von Zollikofen. Speziell begrüsse ich zur heutigen Sitzung Susanne Meierhans. Du bist zwar nicht zum ersten Mal eingeladen, aber heute zum ersten Mal in unserem Rat anwesend. Ich wünsche dir einen guten Start in dieser Budget-Sitzung und viel Freude bei deinem Amt. Auch speziell begrüsse ich unseren Finanzverwalter Daniel Bichsel. Der Präsident Andreas Byland hat sich abgemeldet, somit habe ich die Ehre, die diesjährige Budget-Sitzung zu leiten. Ich komme zu den Entschuldigungen: Aus dem Rat haben sich entschuldigt: Andreas Byland, FDP, Beat Nydegger, SP, Hannah Einhaus, SP, Markus Dietiker, SP, Elisabeth Wendelspiess, SP und Christoph Merkli GFL.

Ich stelle fest, dass 30 Ratsmitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR festhalten. Wir zählen laufend nach.

---

### Mitteilungen der Präsidentin

Präsidentin: Auf euren Pulten findet ihr die Einladung zum Politforum Thun vom 11./12. März 2011.

*Um 19.33 Uhr erscheint Adrian Gehri.*

*Um 19.34 Uhr erscheinen Markus Burren und Ralph George.*

---

### Mitteilungen der GPK

Peter Traber, GPK: Gestützt auf die neue Aufgabenzuordnung bezüglich Regionalkonferenz hat sich die GPK an ihrer letzten Sitzung erstmals mit einem Geschäft zu Handen der Regionalkonferenz befasst. Wir können über dieses Besprechungsergebnis wie folgt orientieren: Es handelt sich um die Stellungnahme zu den Kulturverträgen 2012 bis 2015. Hier lag uns die verabschiedete Stellungnahme des Gemeinderates vor. Die GPK war mit der Stellungnahme des Gemeinderates einverstanden. Sie hat es nicht als nötig erachtet, dass man dieses Geschäft auch noch dem Grossen Gemeinderat vorlegt. Wir werden unsere Stellungnahme nun via Gemeindeschreiber an die Regionalkonferenz weiterleiten und werden diese in einem Punkt noch ergänzen. Und zwar bezieht sich dies auf eine Frage hinsichtlich der Sanierung des Stadttheaters. Es ist aus unserer Sicht unglücklich, dass man diese Frage geschlossen, also "Ja" oder "Nein", gestellt hat. Wenn man eine solche Frage stellt, muss man wissen um was es überhaupt geht und um welchen Betrag es sich handelt. Auf diesen Punkt werden wir hinweisen. Künftig müssen solche Fragen offen formuliert werden.

Präsidentin: Somit kommen wir zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist euch mit Datum vom 1. Oktober 2010 zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden gewünscht?

Marceline Stettler, GFL: Unter Punkt 4.1 ist die Motion von Christoph Merkli betreffend "Stärkung der Kommissionsarbeit" traktandiert. Der Motionär befindet sich aus beruflichen Gründen im Ausland und kann folglich nicht selber Stellung nehmen. Ich beantrage die erwähnte Motion auf die nächste GGR-Sitzung zu verschieben, damit er selber dazu Stellung nehmen kann.

---

Präsidentin: Bestehen weitere Wünsche zur Abänderung der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Laut Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Art. 23 Absatz 3 entscheidet der GGR über die Verschiebung von traktandierten Geschäften. Somit stimmen wir über den Antrag von Marceline Stettler ab:

### **Abstimmung**

Der Antrag, die Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Stärkung der Kommissionsarbeit" auf die Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. November 2010 zu verschieben, wird mehrheitlich gutgeheissen.

---

86 Pro Protokoll

### **Protokoll vom 15. September 2010**

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich habe eine Bemerkung zur Seite 248. Beim Antrag der GFL im zweiten Absatz auf der dritten Zeile ist geschrieben: (...) "Das Instrument der Richtlinienmotion ist im Grossen Gemeinderat des Kantons Bern (...)." Es handelt sich hierbei um den **Grossen Rat** und nicht um den Grossen Gemeinderat. Hier muss man aufpassen, dass in der Botschaft die richtige Formulierung gewählt wurde.

*(Der Protokollführer: Die verlangte Korrektur ist richtig und entspricht den Aufzeichnungen).*

Präsidentin: Das wird selbstverständlich so korrigiert. Werden weitere Bemerkungen zum Protokoll gewünscht? Das ist nicht der Fall. Somit gilt das Protokoll vom 15. September 2010 als genehmigt.

---

87 1.7.2 Politikplan

### **Politikplan 2011 bis 2015**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Art. 24 GOGGR gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Schwerpunktprogramm und dann zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat zu diesem Geschäft zwei Bemerkungen. Die erste Bemerkung ist eine Allgemeine. Wir vermissen bei den Schwerpunkten eine Aktivität, welche sich mit der Einbindung der Gemeinde in die Regionalkonferenz beschäftigt. Die zweite Bemerkung betrifft das Tätigkeitsprogramm 2011. Auf Seite 13 ist folgende Aktivität aufgeführt: "Die Rolle des Gemeindeparlamentes in der Regionalkonferenz klären". Dies ist nach unserer Auffassung mit der Behandlung der Motion Rhyn eigentlich erledigt. Aus unserer Sicht geht es im 2011 darum, dass man kontrolliert ob und wie die Zuständigkeiten und der Ablauf funktionieren.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich sage zum Politikplan ein paar Worte. Zum Investitionsplan wird Gemeinderat Kurt Jörg Stellung nehmen. Der Politikplan ist ein Instrument zur politischen Führung. Politisch führen heisst: Weit vorausschauend und um-

sichtig auf klare Ziele zusteuern. Das Instrument "Politische Führung" erlaubt dem Gemeinderat seine politische Führungsverantwortung erfolgreich wahrzunehmen. Die Politik des Gemeinderates ist durch den Politikplan, davon sind wir überzeugt, bevölkerungsnaher, vorausschauender, griffiger und ganzheitlicher. Ich bitte euch den Politikplan zur Kenntnis zu nehmen. Zur Bemerkung der GPK, muss ich sagen, dies stimmt nur zum Teil. Unter dem Schwerpunkt und Lösungsansatz 3.1 "Planungs-, Gesellschafts- und Sicherheitsfragen gemeinsam mit der Region anpacken, in der Regionalkonferenz eine mitgestaltende Rolle spielen.", steht im Zustand 2015 geschrieben: "Die Regionalkonferenz ist fester Bestandteil des politischen Lebens". Der zweite Teil der Bemerkungen der GPK ist richtig.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Politikplan bzw. Finanzplan 2011 bis 2015. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung im Finanzplan zeigt für die ganze Planperiode negative Ergebnisse. Durchschnittlich 1.3 Mio. pro Jahr. Dabei ist berücksichtigt, und das ist sehr wichtig, das nach dem Jahr 2012 mit einer Steueranlageerhöhung von einem Zehntel gerechnet wurde. Mit der Erhöhung der Steueranlage konnte man eine negative Selbstfinanzierung verhindern. Der Aufwandüberschuss, welcher aber immer noch besteht, entspricht ungefähr einem Steueranlagezehntel. Die vorausgesagten Resultate der Laufenden Rechnung fallen stark schlechter aus, als dies noch im Vorjahr der Fall war. Im Wesentlichen ist das auf die nach unten korrigierte Steuerertragsprognose zurückzuführen. Stichwort: Minderertrag aus der kantonalen Steuergesetzrevision 2011. Ebenfalls beeinflussen, die nach dem Jahr 2012, stark ansteigenden Sozialhilfeausgaben respektive Beiträge an den Lastenausgleich Sozialhilfe die Planungsergebnisse negativ. Wie der Finanzplan zeigt, können die Investitionen in der Planungsperiode durch den Cashflow bei weitem nicht gedeckt werden. Es steht ein durchschnittlicher Cashflow von 0.8 Mio. zur Verfügung, was bei durchschnittlichen jährlichen Investitionen von 3.65 Mio. einen Selbstfinanzierungsgrad von nur 26 % ergibt. Die schlechte Selbstfinanzierung führt unweigerlich zu einer starken Zunahme der Verschuldung. Wenn sich die Grundlagen bis nächsten Frühling nicht fundamental ändern, so ist ab dem Jahr 2012 mit einer Steuererhöhung zu rechnen. Für den Gemeinderat wie für die Finanzkommission ist eine Fremdfinanzierung für den Konsumaufwand, wie das ohne Steuererhöhung eintreffen würde, kein gangbarer Weg. Den laufenden Haushalt über Schulden zu finanzieren kommt nicht in Frage. Dies ist unter allen Umständen zu verhindern. Zusammenfassung: Die Finanzplanresultate sind auch mit einer Steuererhöhung ab dem Jahr 2012 alles andere als gut. Es gilt die kommende Entwicklung des kommunalen Finanzhaushaltes im Auge zu behalten und entsprechend zu reagieren. Ist doch bei einem negativen Abschluss unweigerlich die Verschuldung der Gemeinde in Kauf zu nehmen. Ich glaube, das kann es im Hinblick auf die Zukunft und unsere Nachkommen nicht sein.

Präsidentin: Nun besteht die Gelegenheit für allgemeine Bemerkungen. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Ganz spezifische Fragen zum Politikplan oder zum Finanz- und Investitionsplan können separat gestellt werden. Wer wünscht das Wort?

Peter Bähler, SVP: Die SVP dankt für den nachvollziehbar zusammengestellten Projektplan. Der Politikplan besteht aus dem Schwerpunktprogramm und dem Finanzplan. Diese hängen eng zusammen, dies hat bereits der Gemeindepräsident in seinen einleitenden Voten erwähnt. Im Einen stellt der Gemeinderat dar was er machen will und im Anderen zeigt er die Kostenfolgen auf. Ich beginne mit dem Finanzplan. Dieser zeigt trotz eingesetzter Steuererklärung für das Jahr 2012 und Folgende immer noch Fehlbeträge in der Grössenordnung von 1 bis 1.4 Mio. Dieser sieht düster aus. Es ist nicht zu verstehen, dass der Gemeinderat im Bericht und Antrag auf Ziffer 4 zum Finanzplan schreibt: "Seine Hauptaufgabe ist, der Gemeinde einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sichern." Wieso handelt er dann nicht danach? Ich habe mir die Mühe gemacht und den Finanzplan genauer analysiert und nachgeschaut wo die grossen Ausreisser

für die nächsten 5 Jahre sind. Im Schnitt steigen die gesamten Kosten um ca. 9%. Überproportional verhält sich die Kontengruppe 54, Jugendschutz, plus 30%. Die Kontengruppe 34, Sport, hier handelt es sich den Volksentscheid betreffend des Sportzentrums Hirzenfeld, plus rund 0.25 Mio. Die Sozialhilfe, bzw. die Umstellung des Verrechnungssystems hat der Vize-Gemeindepräsident und Finanzvorsteher bereits erläutert. Die Volksschule nimmt ebenfalls um 16 % zu. Durch das Anwachsen der Verschuldung müssen wir 260% mehr Passivzinsen bis ins Jahr 2015 bezahlen. Der übrige Verkehr schlägt mit zusätzlichen 13% zu Buche. Dies sind alles Positionen welche überproportional anwachsen. Die Steuereinnahmen nehmen mit der Steuererhöhung um 14% zu. Wenn man die Steuern nicht erhöhen würde, würden diese immer noch um 7% zunehmen. Soweit die Fakten. Und nun der Link zum Politikplan, Ziffer 4, bei welchem unter Zweck des Finanzplan steht: "Sachzwänge verhindern, negative Haushaltsentwicklungen frühzeitig beurteilen und nötige Korrekturmassnahmen einleiten." Das ist der Sinn, hier bin ich mit dem Gemeinderat einverstanden. Der Gemeinderat hat auch Massnahmen getroffen, er wird voraussichtlich eine Steuererhöhung im Jahr 2012 fordern. Ist das die einzige Massnahme? Ich glaube nein. Wenn der Gemeinderat im Finanzplan des nächsten Jahres wieder solche roten Zahlen vorsieht, dann erwarte ich, dass er auch Massnahmen auf der Ausgabenseite anschaut und nicht nur bei den Einnahmen korrigiert. Ich komme noch zur Lagebeurteilung im Politikplan. In der Beurteilung des Jahres 2009 sind Stärken und Schwächen aufgeführt. Als Stärke gilt: Gesunde Finanzen. Wahrscheinlich will der Gemeinderat diese Stärke zu einer Schwäche werden lassen. Dabei ist bei den Schwächen aufgeführt: Wenig Orte der Begegnung. Es gibt viele Orte in Zollikofen an denen man sich begegnen kann, man muss einfach auch hingehen. Es müssen alle hingehen. Im Schwerpunktprogramm habe ich gewisse Diskrepanzen gefunden und zwar auf Seite 5 im Schwerpunktprogramm des Gemeinderates. Unter Punkt 2 will er die Finanzen gesund erhalten, dies hat er im Finanzplan aber nicht unbedingt vor. Im dritten Punkt steht: "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig - vereint mit der Region". Ein absolut erstrebenswertes Ziel. Gleichzeitig legt die Region aber Pläne auf, welche eine Überbauung der Rütli und der Steinibachmatte vorsehen. Das passt nicht zueinander. Die Kulturverträge, Punkt 3.1 des Schwerpunktprogramms, genehmigt neu nicht mehr das Gemeindeparlament sondern die Regionalkonferenz. Gut finde ich Punkt 3.7, den Nachhaltigkeitskompass. Dieser ist einfach und man sollte ihn für die Überprüfung aller Ausgaben benützen. Nicht nur diejenigen der Abteilung Bau. Man könnte diesen nun auch gleich für die Pétanque-Anlage in Ziffer 4.2 anwenden. Im Massnahmenkatalog ist unter Ziffer 5.1 das Umsetzen des entsprechenden Videoreglementes aufgeführt. Soviel ich weiss sind wir noch gar nicht in Besitz eines solchen Videoreglementes. Vielleicht kommt hier noch eine andere Antwort, ich lasse mich überraschen. Ich habe nichts dagegen, wenn man nach Punkt 5.2, Räumlichkeiten für Kulturschaffende suchen will. Dies ist nicht gerade die Kernaufgabe der Gemeinde. Ich habe aber ein Problem, wenn die Gemeinde auch noch die Kosten dafür tragen soll. Ich wäre dafür dass man einen Passus aufnehmen könnte, dass die Kosten nicht durch die Gemeinde getragen werden. Nun erwarte ich im nächsten Jahr, dass sich der Gemeinderat im Politikplan an seinen eigenen Zielen und Leitbildern orientiert. Er muss sich aktiv mit den Perspektiven auseinandersetzen, er muss sich auch bewusst sein, wie auch uns hier im Parlament, welche Kosten bei unserem Handeln entstehen. Im Schwerpunkt sehe ich immer noch einen schönen Prozentsatz Wunschbedarf. Wir nehmen den Politikplan zur Kenntnis.

Bruno Vanoni, GFL: Im Namen der GFL Fraktion möchte ich Bemerkungen machen, zuerst zum Bericht und Antrag, dann zum Schwerpunktprogramm und nachher noch zum Finanz- und Investitionsplan. Zum Bericht und Antrag möchte ich zuerst zwei kritische Punkte erwähnen. Der Gemeinderat hat, man sieht dies auf Seite 2 oben, im Vergleich zum Vorjahr zwei Lösungsansätze aus dem Schwerpunktprogramm gestrichen, welche wir gerne weiterhin darin belassen hätten. Warum? Er hat die regelmässigen Aussprachen zwischen dem Gemeinderat und den Fraktionsspitzen gestrichen. Es trifft

so pauschal nicht zu, dass es dafür kein Bedürfnis gibt. Bei allen Anläufen zu solchen Besprechungen haben wir von der GFL Gesprächsthemen vorgeschlagen. Wir bedauern, dass das letzte Treffen, welches eigentlich organisiert war, nicht stattgefunden hat. Und das offensichtlich die meisten anderen Fraktionen und der Gemeinderat kein Interesse an solchen Gesprächen hat. Der zweite Punkt, welchen der Gemeinderat gestrichen hat, ist "Littering - Tage durchführen". Wir finden es falsch dies zu streichen, bevor überhaupt solche Tage stattgefunden haben. Die Begründung des Gemeinderates, es handle sich um eine einmalige Aktion, ist ein wenig irreführend oder missverständlich. Die Parteipräsidien haben diesen Sommer, auf unsere Nachfrage hin, einen Bericht über das Scheitern solcher Littering - Tage an den Schulen durchzuführen, erhalten. In dem Bericht haben wir auch erfahren, dass die Fr. 5'000.00 welche im letzten Budget für diese Littering - Tage bereit gestellt worden sind, für die Abfall - Kunstausstellung "Wahre Werte" im Gemeindehaus verwendet wurden. Ich glaube das war nicht im Sinne der dazumaligen Budgetdebatte. Dazumal wurde vom Gemeinderat versprochen, dass ein Konzept für den Kampf gegen das Littering erarbeitet werde. Wir hoffen, dass dieses Konzept noch erarbeitet wird und dass in Zukunft wieder ein Anlauf unternommen wird, um solche Littering bzw. Anti - Littering - Tage durchzuführen. Wichtig ist für uns in diesem Zusammenhang, dass man nicht allein in den Schulen ansetzt, sondern auch bei den Erwachsenen. Die Abfälle, welche man entlang den Strassen finden kann, oder auch an der Aare, werden auch von Erwachsenen hinterlassen. Man könnte bei den Littering - Tagen auch versuchen die Take-Away-Geschäfte, welche mit ihren Produkten viel Abfall produzieren, miteinzubeziehen. Nach diesen kritischen Bemerkungen möchten wir aber auch vor allem positive Aspekte betonen, welche uns aufgefallen sind. Es freut uns, dass als neuer Lösungsansatz die Beurteilung aller Vorhaben nach dem Berner Nachhaltigkeitskompass vorgesehen sind. Bei "allen Vorhaben", dies steht im Bericht und Antrag. Auch andere Vorhaben aus dem Tätigkeitsprogramm 2011 möchten wir positiv würdigen und unterstützen. Ich nenne Stichwörter: Integrationskonzept, Förderung des Informationsbewusstseins, Umsetzung der Tempo-30 Zonen, Wärmeverbund Zollikofen-Nord, Energierichtplan, dann auch die Erstellung eines Realisierungsprogrammes beim Projekt Aareschlaufe. Hier gehört unserer Ansicht nach auch die Umsetzung des Gestaltungsrichtplanes Schloss Reichenbach dazu, welcher mittlerweile 8 Jahre alt ist. Schliesslich ist für uns positiv, dass man einen Kredit beschliessen und einen Auftrag für die Ausarbeitung eines Landschaftsentwicklungskonzepts erteilen will. Das sind für uns alles wichtige Anliegen und es wäre uns recht, wenn es gerade bei den zuletzt genannten Themen etwas schneller vorwärts gehen könnte. Aber insgesamt sind wir dem Gemeinderat dankbar, dass er diese Anliegen jetzt im Tätigkeitsprogramm aufgegriffen hat. Jetzt komme ich noch zum dritten Punkt, dem Finanz- und Investitionsplan. Hierzu haben wir zwei Bemerkungen. Im Bericht und Antrag auf Seite 2 in der fünft untersten Zeile steht geschrieben: " Die Sozialhilfeausgaben steigen ab dem Jahr 2012 stark an". Das erweckt einen falschen Eindruck. Die detaillierten Zahlen, man findet sie auf Seite 2 im blauen Finanzplanheft, zeigen, dass es im Jahr 2012 wegen einer Änderung im kantonalen Lastenausgleich eine sprunghafte Erhöhung gibt. Aber in den folgenden drei Jahren steigen die Zahlen eigentlich nur noch wenig an. Es müsste heissen: Die Ausgaben für den Lastenausgleich Sozialhilfe steigen im Jahr 2012 stark an und bleiben später einigermaßen stabil". Die Hauptbemerkung zum Finanz- und Investitionsplan ist unsere Sorge über die Entwicklung der Gemeindefinanzen. Der Finanzplan bestätigt die Befürchtungen, welche wir schon wiederholt geäußert haben. Er bestätigt insbesondere, dass die Steuer senkung in Zollikofen voreilig war. Und er bestätigt vor allem auch, dass die kantonale Steuergesetzrevision mit Blick auf die Gemeindefinanzen nicht zu verantworten war. Immerhin hat eine Mehrheit der GGR-Mitglieder mittlerweile die Volksinitiative für "Faire Steuern für Familien" unterschrieben. Diese Initiative will diese Steuergesetzrevision korrigieren. Wir danken dem Gemeinderat, dass er jetzt schon klar und transparent darauf aufmerksam macht, dass in einem Jahr wohl eine Steuererhöhung unumgänglich sein wird. Wir wären bereit gewesen schon dieses Jahr darüber zu diskutieren.

Mindestens darüber ob man die letzte Steueranlage-Senkung nicht schon sofort rückgängig machen könnte. Doch dieses Vorhaben hat wohl ohnehin keine Chance, darum verzichten wir auf einen entsprechenden Antrag. Wir erwarten, dass die anderen Fraktionen in einem Jahr bereit sind, wenn sich an den Perspektiven nicht massiv etwas verbessert, die Erhöhung der Steueranlage in diesem Zeitpunkt zu unterstützen. Auch wenn dies unpopulär ist. Wenn alle Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen, zusammenstehen und die Notwendigkeit klar begründen, wird das Volk für eine Steuererhöhung zu gewinnen sein. Das hat die Erfahrung mit anderen Abstimmungen gezeigt, bei welchen das Zusammenstehen aller, oder fast allen Parteien, das Stimmvolk in heiklen Fragen überzeugt haben. Ich erinnere an das Hirzenfeld, ich erinnere auch an die Abstimmung über das Betagtenheim. In diesem Sinne warten wir gespannt auf entsprechende Erklärungen der anderen Fraktionen heute Abend.

Ulrich Bütikofer, FDP: Die FDP-Fraktion möchte gerne dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Vorlegen des Politikplanes danken. Dieser ist, jedenfalls für uns, aussagekräftig genug. Wir haben genug Informationen und man kann diesen als Führungsinstrument gebrauchen. Im Finanzplan ist die angekündigte Steuererhöhung für das Jahr 2012 aus unserer Sicht verfrüht. Wir verstehen, dass der Gemeinderat vorsichtig budgetiert und uns darauf aufmerksam macht, dass wir eventuell mit einer Steuererhöhung zu rechnen haben. Das ist seine Aufgabe und das ist in Ordnung. In den letzten Jahren haben, wie wir alle wissen, jedoch die Rechnungen immer besser abgeschlossen als das entsprechende Budget. Aus diesem Grund ist es unser Anliegen, dass eine Steuererhöhung erst ins Auge gefasst wird, wenn eine Jahresrechnung ein Defizit ausweist und nicht nur das Budget dazu. Falls tatsächlich ein Defizit eintreffen sollte, kann die Gemeinde Zollikofen dies verkraften. Ich habe mich jetzt absichtlich kurz gefasst, da ich annehme dass der Abend noch etwas dauern wird.

Thomas Ackermann, CVP: Seit 2005 bin ich Mitglied dieses Rates. Ich habe das Gefühl, im Oktober immer wieder dasselbe Szenario zu erleben: Einerseits sagt der Finanzplan für die nächsten Jahre negative Rechnungsergebnisse voraus. Andererseits sagt die Abschlussprognose zur laufenden Rechnung ein viel besseres Ergebnis voraus als dies budgetiert worden ist. Und der tatsächliche Abschluss ist dann nochmals besser. Damit will ich keineswegs andeuten, dass der Finanzverwalter und sein Team unseriös arbeiten. Nein, wir sind überzeugt, dass der Finanzverwalter und sein Team sogar sehr gewissenhaft und sorgfältig arbeiten. Die Erfahrung mit dem „runden Tisch“ im 2007 hat ebenso gezeigt, dass die Verwaltung und der GR bei der Budgetierung offenbar gute Arbeit leistet. An dieser Stelle danke ich auch im Namen der CVP Fraktion Daniel Bichsel und seinem Team für die grosse und seriöse Arbeit. Angesichts der Höhe des vorhandenen Eigenkapitals müssen wir uns aktuell noch keine Sorgen machen. Der Gemeinde Zollikofen droht aktuell weiterhin keine Zwangsverwaltung durch den Kanton. Zu einem langfristigen Denken und zu einer fairen Finanzpolitik gehört für die CVP Fraktion dazu, dass nötige Investitionen nicht zu Lasten der nächsten Generationen, also zu Lasten unserer Kinder und Grosskinder, hinausgeschoben werden. Trotzdem, was im privaten Bereich bekannt ist, gilt auch hier: Mehr Schulden machen, heisst auch mehr Zinsen bezahlen! Deshalb darf das eingangs erwähnte alljährlich wiederkehrende Szenario auch nicht dazu verleiten, einfach mehr auszugeben, damit die Rechnungsabschlüsse zum negativen Finanzplan passen. Die CVP tritt schweizweit für eine sozial-liberale Wirtschaft ein, das heisst, dass jeder Mitbürger und jede Mitbürgerin für persönliches und wirtschaftliches Handeln selber verantwortlich ist und dafür gerade zu stehen hat, im Notfall aber auf die Hilfe der Gemeinschaft rechnen kann. In die Praxis umgesetzt heisst dies, dass Tarife und Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und Einrichtungen so festgelegt werden, dass der Beitrag durch die öffentliche Hand möglichst klein ist und die Kosten so weit wie dies zumutbar ist, durch die Nutzniessenden getragen werden. Beim Studium der Pläne haben wir diesbezüg-

lich keine Probleme erkannt. Zum Steuerfuss: Wir sind dafür, dass dieser für 2011 unverändert belassen wird. Soweit die Position der CVP Fraktion.

Peter Traber, SP: Die SP hat vom Politikplan Kenntnis genommen und wir sind erfreut, dass sich der Gemeinderat anstrengt die Gemeinde weiterzuentwickeln. Für uns sind insbesondere drei Aktivitäten wichtig, welche im Schwerpunktprogramm 2011 bis 2015 vorgesehen sind. Wir begrüssen, dass das Projekt zur Integration der ausländischen Bevölkerung gestartet wird. Der zweite Punkt, welcher für uns wichtig ist, ist die starke Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Der dritte Punkte welcher uns wichtig ist: Nachhaltige Entwicklung des Lebensraum aufgrund ökologischer Kriterien. Wir vertreten die Auffassung, dass unter anderem mit einer starken Förderung in diesen Punkten die Gemeinde aufgewertet werden kann. Vom Finanz- und Investitionsplan hat die SP Kenntnis genommen. Unsere Bemerkungen zu den Finanzen werden wir in Verbindung mit dem Voranschlag 2011 im nächsten Traktandum einbringen.

Roland Stucki, EVP: Auch wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für diesen Politikplan. Ich kann mich meinen Vorrednern in vielen Punkten anschliessen. Wir schätzen die Finanzlage nach den jüngsten Prognosen auch nicht so düster ein. Ich glaube wir haben immer noch genügend Möglichkeiten dies zu steuern. Sei dies indem man das Tempo der Investitionen drosselt oder sei dies im Sparen. Als allerletztes kann man dann noch eine Steuererhöhung durchführen. Wir als EVP, haben immer einen Schwerpunkt vertreten, diesen behalten wir bei, es handelt sich um die Schaffung eines Begegnungszentrums von Jung und Alt. Dies haben wir immer auf unsere Fahne geschrieben und daran halten wir weiterhin fest. Der Gemeinderat erkennt dies eigentlich bei seiner SWOT-Analyse. Er erkennt, dass dies eine Schwäche von Zollikofen ist. Aber wagt es nicht zu sagen, dass es genau das Projekt ist, welches die EVP seit langem vorschlägt. Es gab diesbezüglich kuriose Ansätze wie ein Begegnungszentrum im Internet. Glücklicherweise ist dieses Projekt nun nur noch im Archiv zu finden. Ich bin froh dass es im Archiv ist. Wir meinen nach wie vor ein echtes Begegnungszentrum, in welchem sich echte Menschen aus Fleisch und Blut treffen können. Dann noch etwas kuriose zur Bevölkerungsumfrage. Da kann man erkennen was eine Fragestellung ausmacht. Bei Punkt 17 auf Seite 9 lautet die Frage: "Sind Sie freiwillig in Vereinen, Behörden, Organisationen von Zollikofen tätig?" Wenn man so fragt, sind tatsächlich nur 37% freiwillig in Vereinen, Behörden und Organisationen tätig. Die restlichen Personen sind unfreiwillig in Organisationen tätig. Ich glaube, diese Fragestellung ist falsch. Ich glaube es gibt sehr viele Freiwillige welche sich eben freiwillig engagieren. Das ist der Grund weshalb bei diesem Punkt die Zustimmung im Vergleich zu den anderen Punkten derart abfällt. Dies waren unsere Anmerkungen zum Politikplan.

Präsidentin: Jetzt ist das Wort für allgemeine Bemerkungen für alle Ratsmitglieder offen.

Toni Oesch, FdU: Der Politikplan, ich muss dies jedes Jahr wieder sagen, ist ein Papier welches vieles annimmt. Zweitens, Lagebeurteilung. Dort heisst es in den Stärken von heute, dass landwirtschaftliche und kulturelle Juwelen zu bewahren sind. Ich erinnere dass im nächsten Winter das "Wölfli Heimat" abgebrochen wird. Bei den Schwächen heisst es, dass man die vom Verkehr geplagten Quartiere angehen will. Aber man will trotzdem die Schäfereistrasse komplett für den Verkehr öffnen. Es sind diesbezüglich anscheinend noch andere Projekte am Laufen. Bei den Chancen von morgen will man die verbleibenden Grünflächen aufwerten. Aber man will die "Lättere" einzonen. Bei den Gefahren von morgen steht, dass man dem Baudruck auf die Grünflächen begegnen will. Ausserdem steht geschrieben: "Zollikofen verkommt zur Schlafstadt", aber dies wird von den Grossen Parteien wie zum Beispiel der SVP gefördert. Man will Grossüberbauungen realisieren, welche dann zu Slums verkommen. Der Finanz- und

---

Investitionsplan liegt ja nur zur Kenntnisnahme vor. Auf Seite 10 oben ist die Sanierung der Gemeindeverwaltung mit rund 3 Mio. aufgeführt. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine Sanierung sondern um eine Erweiterung.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Allgemeine Bemerkungen? Das ist nicht der Fall.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich möchte zur Aussage von Peter Bähler bezüglich der Rütli Stellung nehmen. Die Einzonung kommt nicht von der Gemeinde Zollikofen. Dies wurde im Rahmen des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzeptes so festgelegt. Nächsten Dienstag wird die Planungskommission diesem Ansinnen hart entgegen treten und festhalten, dass die Rütli kurz- und langfristig "heilig" ist. Noch zum Finanz- und Investitionsplan. Bei der Erarbeitung der Gemeindeverfassung war vorgesehen, dass das Parlament über den Finanz- und Investitionsplan entscheiden kann. Dies wurde damals aber nicht gewünscht. Deshalb wird der Finanz- und Investitionsplan nun heute zur Kenntnis genommen.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Kurz zu Peter Bähler bezüglich des Videoreglementes. Im Schwerpunktprogramm heisst es der Massnahmenkatalog zum Videoreglement und nicht vom Videoreglement. Damit wir zu einem Videoreglement kommen, müssen wir zuerst einen Massnahmenkatalog erstellen. Das heisst, wenn wir zum Beispiel hier draussen vor der Türe eine Videokamera aufstellen möchten, müssen wir zuerst beweisen können, dass dort wirklich ein Gefahrenherd besteht und das wir alles in unserer Kraft stehende unternommen haben, dass dort nichts passiert. Erst dann können wir eine Videokamera aufstellen. Das beinhaltet dieser Massnahmenkatalog. Bezüglich des Begegnungszentrums sind wir immer noch bestrebt ein solches zu realisieren. Aber wir haben letztes Jahr schon gesagt, sollte sich diesbezüglich etwas ergeben, wir dies gerne umsetzen werden. Aber im Moment fehlt uns ganz einfach eine entsprechende Lokalität. Aus diesem Grund haben wir dieses Projekt aus dem Politikplan herausgenommen.

Präsidentin: Somit ist nun Gelegenheit speziell zum Politikplan Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Wer wünscht das Wort? Wird nicht gewünscht. Somit besteht die Möglichkeit speziell Fragen zum Finanz- und Investitionsplan zu stellen. Wird das gewünscht? Wird nicht gewünscht. Gibt es noch Fragen irgendwelcher Art?

Martin Kocher, SP: Ich entschuldige mich, dass ich dies nicht schon bei der Behandlung des Politikplans gesagt habe. Auf Seite 7 ist mir etwas aufgefallen. Beim Ideenspeicher hat man Noten verteilt, was wichtig ist, was eher wichtig ist und was weniger wichtig ist. Die Noten reichen von 1 bis 6. Aufgefallen ist mir unter Punkt 5, beim ersten Aufzählungszeichen: "Sichere und kindergerechte Schulwege schaffen", dies hat man, wenn man oben nachsieht beim Verhältnis von Kosten und Nutzen, mit der Note 4 beurteilt. Ich bin froh, dass es zumindest zur Note 4 gereicht hat, ich denke das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss man hier gesondert betrachten, da es sich bei der Schulwegsicherheit um ein sehr wichtiges Thema handelt. Für mich könnte dies durchaus die Note 5 oder 6 bekommen.

Präsidentin: Weitere Fragen? Ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Ist nicht der Fall. **Somit stelle ich folgendes fest:**

**Der Politikplan 2011 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.**

---

88 25.201. Voranschlag (Zustandekommen)

### **Voranschlag 2011**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Art. 24 GOGGR gegeben. Kurz zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde der Fraktionen sowie der Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend werden wir dann kapitelweise in die Detailberatung einsteigen. Wenn Fragen und Anträge vorhanden sind, sind diese während der Detailberatung zu stellen und nicht im allgemeinen Teil. Ganz am Schluss kommen wir dann noch zur Beratung der Abstimmungsbotschaft. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat dieses Geschäft in Anwesenheit von Kurt Jörg und Daniel Bichsel beraten. Wir konnten feststellen, dass alle Fragen, welche wir gestellt haben und Bemerkungen welche wir eingebracht haben, beantwortet werden konnten. Zum Voranschlag selber haben wir keine Bemerkungen. Bemerkungen haben wir zu Bericht und Antrag sowie zur Botschaft, diese Bemerkungen werden dann entsprechend durch Thomas Ackermann eingebracht. Die GPK durfte feststellen, dass die Unterlagen vollständig und übersichtlich vorlagen und das Geschäft durch die Verwaltung und den Gemeinderat sehr gut vorbereitet worden ist. Dafür möchten wir dem Gemeinderat und der Verwaltung bestens danken.

Thomas Ackermann, GPK: Zuerst zu Bericht und Antrag. Die Bemerkungen zur Botschaft werde ich zu gegebener Zeit anbringen. Auf Seite 2 von Bericht und Antrag, unter Ziffer 3.1 Laufende Rechnung wird das Jahr 2010 erwähnt, es müsste aber 2011, stehen. Beim Vergleich der Tabelle auf Seite 2 und 3 ist der Betrag für das Sportzentrum Hirzenfeld unterschiedlich. In der GPK haben wir die entsprechende Antwort erhalten. Aber vielleicht kann Daniel Bichsel die Antwort für alle noch einmal kurz wiederholen, warum diese Zahlen unterschiedlich sind. Dann auf Seite 8 unter Punkt 9 am Schluss des ersten Absatzes ist ein grosser Anstieg der Sozialhilfeausgaben für 2012 prognostiziert. Aber darauf ist Bruno Vanoni eigentlich schon eingegangen. Vielleicht will Daniel Bichsel hierzu auch noch etwas sagen. Dies sind unsere drei Bemerkungen zu Bericht und Antrag.

Präsidentin: Frage an Daniel Bichsel: Möchtest Du die Erläuterung gleich abgeben?

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Die Bemerkungen von Thomas Ackermann zu Bericht und Antrag sind korrekt. Bei der Aufstellung der Tabelle unter Ziffer 3.2 beim Beitrag an das Sportzentrum Hirzenfeld sollte unter Ziffer 3.2 der Betrag von Fr. 253'200.00 gleich wie dies in der Tabelle Ziffer 3.3 der Fall ist, zu stehen kommen. Wir haben einmal Netto- und einmal Bruttobetachtung angewendet, darum kam eine andere Zahl heraus. Bezüglich des Lastenverteilers Sozialhilfe, kann ich bestätigen was Bruno Vanoni vorhin gesagt hat. Es ist hier sprachlich nicht ganz glücklich abgefasst. Man könnte den Eindruck erhalten, dass es ab dem Jahr 2012 dauernd so steil ansteigt. Es steigt im Jahr 2012 massiv an, wegen der Umstellung der Pflegefinanzierung, und entwickelt sich dann auf dem Niveau von 2012 konstant mehr oder weniger mit der Teuerungsentwicklung weiter. Diese Bemerkung ist korrekt.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Resultate Voranschlag 2011: Der Voranschlag 2011 zeigt einen Aufwandüberschuss von 1.4 Mio. bei einer unveränderten Steueranlage von 1.4 Einheiten. Der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2011 verdoppelt sich gegenüber dem diesjährigen Voranschlag von 0.7 auf 1.4 Mio. Der rückläufige Steuerertrag als Folge der Steuergesetzrevision und die neu gewählten gemeindeeigenen Aufgaben wie Sportzentrum Hirzenfeld und Schulsozialarbeit haben das Resultat für das Jahr 2011 negativ beeinflusst. Dies war uns allen aber bekannt. Wie bereits im Frühling hier

im Rat informiert, werden die kommunalen Steuererträge als Folge der Steuergesetzrevision 2011, welche im Grossen Rat beschlossen wurde, rund 0.5 Mio. auf die Gemeinde Zollikofen ausmachen. Also rund 0.5 Mio. weniger Steuerertrag für die Gemeinde Zollikofen. Bei gleichzeitig stagnierendem Steuerertragswachstum als Folge des rückläufigen Wirtschaftswachstums und leichtem Rückgang der steuerpflichtigen Personen, können die Steuerauffälle nicht mehr kompensiert werden. Dies trifft den kommenden Steuerhaushalt empfindlich. Das budgetierte Defizit ist durch das vorhandene Eigenkapital von 14.8 Mio. finanztechnisch gedeckt. Das gesetzliche Finanzhaushaltsgewicht bleibt dadurch bestehen. Andererseits weisen wir darauf hin, dass durch Investitionstätigkeit ausserhalb der Laufenden Rechnung sowie durch den Aufwandüberschuss ein Finanzfehlbetrag von ca. 2.6 Mio. entsteht und somit zu wachsender Verschuldung führt. Es ist ganz klar, dies führt zu einer wachsenden Verschuldung und Verschuldungen müssen verzinst werden. Das Investitionsbudget sieht für das kommende Jahr 2.5 Mio. Investitionen vor. Diese sind auf zahlreiche Einzelprojekte verteilt. Es liegt kein Grossprojekt vor. Bei den selbsttragenden Sonderrechnungen wie Wasser, Abwasser etc. sind weitere Nettoinvestitionen von 1.1 Mio. vorgesehen. Der Aufwandüberschuss entspricht im Voranschlag 2011 frankenmässig der Höhe eines Steueranlagezehntels. Mit der Erhöhung der Steueranlage auf 1.5 von 1.4 wäre ein ausgeglichenes Budget vorhanden. Und wir würden einen Selbstfinanzierungsgrad von sage und schreibe 75% erreichen. Also auch noch nicht jenseits von allem was gut ist. Der Gemeinderat verzichtet darauf, bereits auf das Jahr 2011 eine Steuererhöhung zu beantragen und zwar aus folgenden Gründen: Die Rechnungsergebnisse der Vergangenheit, vor allem im Jahr 2006 haben immer besser abgeschlossen als budgetiert worden ist. Auch wenn die Differenz zwischen dem Budget und der Jahresrechnung immer kleiner geworden ist. Aus diesem Grund, wir sehen dies ein, wäre es verfrüht bereits jetzt eine Steuererhöhung zu beantragen. Es ist richtig, dass man den Frühling 2011 abwartet um beurteilen zu können wie wir im 2012 reagieren müssen. Die finanzielle Ausgangslage, das Eigenkapital von 14.8 Mio. bzw. 10 Steueranlagezehntel, und eine geringe zinspflichtige Verschuldung gegenüber Dritten, ermöglicht ein vorläufiges Zuwarten. Die erste Etappe der Steuergesetzrevision 2011 dient primär dem Ausgleich der kalten Progression und soll den Steuerpflichtigen zugute kommen und nicht anders verwendet werden. Aber eine Erhöhung der kommunalen Steueranlage wird in Zukunft unumgänglich sein, ausser, ich habe dies bereits angesprochen, es geschehe etwas gravierendes im nächsten Frühling. Das sind meine Informationen zu diesem Budget, weitere Auskünfte folgen.

Präsidentin: Das Wort ist für die Fraktionen für die allgemeinen Bemerkungen offen.

Nicole Zeiter, SP: Das Budget 2011 von Zollikofen rechnet mit einem Minus von ca. 1.4 Mio. Da der Grosse Rat des Kantons allen Gemeinden im Kanton die Steuergesetzrevision 2011 aufoktriert hat oder für im Dialekt zu bleiben "aufs Auge gedrückt hat", müssen auch wir in Zollikofen in den nächsten Jahren mit tieferen Steuereinnahmen rechnen. Vor allem aufgrund dieser Mindereinnahmen erhöht sich das budgetierte Defizit im Jahr 2011 gegenüber dem budgetierten Defizit des laufenden Jahres um rund Fr. 750'000.00. Wir von der SP Fraktion beurteilen den budgetierten Fehlbetrag von 1.4 Mio. für das kommende Jahr aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals jedoch als vertretbar. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben genügend Sparanstrengungen unternommen. Nicht erfreulich ist der tiefere Selbstfinanzierungsgrad gegenüber den vergangenen Jahren. Der tiefere Selbstfinanzierungsgrad wird uns im Jahr 2011 wahrscheinlich zwingen für geplante Investitionen Geld bei Dritten aufzunehmen. Unsere Gemeinde kann sich dies aufgrund der guten Finanzlage leisten. Die SP unterstützt den Gemeinderat, geplante Investitionen trotz des tieferen Selbstfinanzierungsgrades zu tätigen. Es ist der SP wichtig, dass die Gemeinde zu unserer Infrastruktur Sorge trägt und insbesondere den Unterhalt nicht vernachlässigt. In diesem Sinn stimmt die

SP Fraktion dem Budget 2011 zu. Zu einzelnen Punkten werden wir uns in der abschliessenden Beratung noch äussern.

Heinz Buser, FDP: Es ist schon fast ein Ritual, dass man Daniel Bichsel und seinem Team für die ausgezeichnete Arbeit dankt. Wenn man während des laufenden Jahres Unterlagen benötigt, werden diese umgehend geliefert, auch dafür gebührt ein besonderer Dank. Dies ist nicht ganz in allen Bereichen so. Das prognostizierte Defizit im Voranschlag ist ebenfalls ein Ritual. Die weit bessere Abschlussprognose und schliesslich noch ein besserer Abschluss. Im 2010 wurde ein Defizit von Fr. 650'000.00 budgetiert. Die Abschlussprognose fällt um 3.1 Mio. besser aus. Das heisst wir werden mit einem Gewinn von 2.5 Mio. abschliessen und wenn der definitive Abschluss folgt, sieht es möglicherweise noch besser aus. Auch wenn man den Sonderfaktor von 1.9 Mio. dieses Steuerspezialfalles weglässt, sind wir immer noch 1.2 Mio. besser als budgetiert war. Im übrigen haben wir fast jedes Jahr einen solchen Spezialfall gehabt. Die von der FDP angestossene Senkung des Steuersatzes war daher völlig richtig und vertretbar. Das budgetierte Defizit von 1.6 Mio. im Voranschlag 2011 macht uns aufgrund der bisherigen Erfahrungen keine Sorgen. Andere Gemeinden erhöhen bereits, eine Gemeinde verliert einen Steuerzahler welcher jährlich 4 Mio. Steuern abgeliefert hat, da ist es verständlich, dass man reagieren muss. Eine andere Gemeinde muss mit 7 Mio. Eigenkapital rechnen und ist fast 30% grösser als wir. Die haben eine andere Ausgangslage, das muss für uns kein Massstab sein. Für uns gilt immer noch: Wir brauchen ausgeglichene Rechnungen und nicht ausgeglichene Budgets. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates und der Finanzverwaltung vorsichtig zu budgetieren und auf vorhersehbare negative, aber auch positive Einflüsse frühzeitig aufmerksam zu machen. In dem Sinn begrüssen wir natürlich den entsprechenden Hinweis des Gemeinderates wenn es um den Steuerertrag des Jahres 2011 und Folgende geht. Aber wir teilen die Auffassung des Gemeinderates nicht, dass eine Erhöhung im Jahr 2012 zwingend ist. Erst wenn ein Jahresergebnis wirklich negativ war. Ein negatives Jahresergebnis von 1 - 2 Mio. kann Zollikofen bei einem Eigenkapital von 15 Mio locker wegstecken. Diesbezüglich gibt es überhaupt keine Probleme. Wenn wir dann wirklich ein negatives Jahr erlebt haben, und auch keine besseren Prognosen vorliegen, muss man in der Tat über eine Steuererhöhung nachdenken. Dann ist aber auch die entsprechende politische Bereitschaft vorhanden. Aber Steuererhöhungen auf Vorrat, haben unseres Erachtens keine Chance. In den letzten Jahren hat man 2.5 Mio. an Überschüssen generiert. Auch dieses Jahr werden wir wiederum 2.5 Mio. Überschuss haben, insgesamt also 5 Mio. Ertragsüberschuss. Damit können wir Schulden zurückzahlen. Wenn wir nun ein oder auch zwei Defizite einfahren und schon das grosse Lamento betreffend wachsendem Schuldenberg losgeht, habe ich dafür absolut kein Verständnis. Ich weiss gar nicht wie viele zusätzliche Schulden wir noch abbauen wollen. Bei den heutigen Zinssätzen spielt dies fast gar keine Rolle. In Panik müssen wir überhaupt nicht geraten. Aus unserer Sicht muss man nicht über Steuererhöhungen diskutieren, ausser wir haben ein Jahr mit einem negativen Jahresergebnis. Der Voranschlag 2011 ist für die FDP in Ordnung. Wir werden weder Kürzungs- noch Erhöhungsanträge stellen. Wir anerkennen insbesondere, dass der Gemeinderat die Anträge der Finanzkommission fast vollständig übernommen hat und damit eine Saldoverbesserung von Fr. 290'000.00 erzielt hat. Ich möchte mich noch kurz zu zwei Einzelpunkten äussern. Ich könnte dies auch bei der Detailberatung tun, ich stelle allerdings keine Anträge. Meine Ausführungen haben einen etwas übergreifenden Ansatz, darum mache ich dies jetzt hier, das hat auch den Vorteil, dass ich nur einmal sprechen muss. Die Schule und der Lehrkörper von Zollikofen haben einen guten bis sehr guten Ruf. Die Ausrüstung der Schule mit Materialien etc. gilt als überdurchschnittlich. Die Budgetierung, welche in den letzten Jahren ein wenig unbefriedigend war, ist nach Gesprächen mit den Schulleitern und einer Vereinheitlichung deutlich besser geworden und wird nach einem Jahr Erfahrung noch einmal besser werden. Im übrigen ist es positiv, dass das von der Finanzverwaltung entwickelte Formular für alle Bereiche angewendet werden

soll. Unbefriedigend ist aber etwas anderes. Auffallend und weit überdurchschnittlich in den vergangenen Jahren sind die Anforderungen aus dem Bereich textil und technisches Gestalten der Primarschule. Welche bereits heute im Vergleich zu anderen Schulen weit überdurchschnittlich ausgerüstet ist, so dass sich selbst Fachleute darüber wundern. Das ist zum Teil bekannt. Die Begründung für die Neuanschaffungen, es handelt sich als nicht um Ersatzanschaffungen, ist immer die gleiche: "Sonst können die Lernziele nicht erreicht werden." Die Begründung reicht offenbar aus, damit solche Budgetanträge, bei den Schulleitern, bei der Schulkommission, selbst gegen Stimmen von Fachfrauen durchgehen. Auch beim Gemeinderat, welcher auch noch die Möglichkeit zum Eingreifen hätte, werden diese Anträge einfach durchgewunken. Und dann ist es an der Finanzkommission, am Schluss Gegensteuer zu geben. Die Finanzkommission welche am weitesten weg ist und über die wenigsten Detailkenntnisse verfügt, ist aber das Gremium welches sich offenbar am intensivsten damit auseinandersetzt. Es bleibt ihr dann nichts anderes übrig als Pauschalkürzungen vorzunehmen. Das kann es nicht sein. Die Frage ist erlaubt, wie Lehrkräfte von anderen Schulen, mit weit tieferem Ausrüstungsstandard, ihre Lehrziele erreichen können. Nach meinen Informationen gibt es kein verbindliches Dokument in welchem Kriterien der Budgetierung und Verantwortlichkeiten aller Stufen klar geregelt sind. Dies wäre hilfreich und könnte allenfalls ins Auge gefasst werden. Dies nützt aber auch nur dann, wenn jede Stufe ihre Verantwortung wahrnimmt und nicht einfach die ungeliebte und unpopuläre Kürzungsaufgabe an die Finanzkommission weiterschiebt. Stellen Sie sich einmal vor wie toll das wäre, wenn die Finanzkommission einmal keine Kürzungsanträge stellen müsste. Das möchte ich einmal erleben. Ein weiterer Punkt. Letztes Jahr ist auf Druck der FDP die Sauberwasser-Gebühr gesenkt worden und für nächstes Jahr ist eine Reduktion der Abfallgrundgebühr geplant. Damit werden in den Sonderrechnungen Defizite produziert. Das sind gewünschte Defizite, damit die Rechnungsausgleichsfonds, welche zu hoch sind, endlich reduziert werden können. Ich habe an dieser Stelle letztes Jahr angeregt, dass sich der Gemeinderat Gedanken macht, wie hoch die diversen Rechnungsausgleichsfonds sein sollen, und das er nachvollziehbar begründen möchte, warum diese so hoch sind. Ich habe bisher zu diesem Thema noch nichts gehört. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat, eventuell heute Abend, oder zumindest an einer der nächsten GGR-Sitzungen seine Überlegungen darlegt. Ich danke noch einmal allen, welche mitgearbeitet haben, durch die seriöse und zurückhaltende Budgetierung einen akzeptablen Voranschlag zu erarbeiten.

Markus Burren, SVP: Ich habe noch zwei Punkte zu meinem Vorredner. Uns ist es nicht ganz gleich wie viele Schulden wir machen. Auch wenn der Zins null wäre. Aber irgendjemand hilft ja die Schulden wieder zurück zu zahlen, das ist wesentlich. Noch eine Korrektur: Die Finanzkommission streicht nicht, sie stellt nur Kürzungsanträge. Das ist doch wesentlich. Zum Votum der SVP: Wir halten uns kurz. So wie immer. Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlages. Er ist relativ seriös ausgearbeitet. Es hat hier und dort noch etwas "Schmutz dran". Wir wissen schon jetzt, dass bei gewissen Punkten noch gestrichen werden könnte. Erschreckend ist für uns letztendlich die Höhe des Defizits. Es ist schön wenn zusätzliche 1.8 Mio. Einnahmen hereinkommen. Und wenn die juristischen Personen Fr. 600'000.00 mehr Steuern zahlen als budgetiert, geht die Rechnung immer auf. Aber wenn einmal jemand weniger zahlt, geht unsere Rechnung ganz bestimmt nicht mehr auf. Also machen wir Schulden, und Schulden muss jemand bezahlen. Wenn nicht heute, dann morgen. Morgen sind wir, welche heute hier wohnen und auch noch in 10 Jahren hier wohnen. Also müssen wir darauf achten, dass wir nicht zu viele Schulden machen. Wir werden noch zu diversen Positionen Fragen stellen und allenfalls noch Kürzungsanträge anbringen.

Bruno Vanoni, GFL: Auch wir möchten uns bei Daniel Bichsel und bei der Verwaltung bedanken und zwar vor allem auch für die Antworten welche sie uns prompt und gründlich auf viele Fragen geliefert haben, welche wir ihnen unterbreitet haben. Fra-

gen, welche bei der Lektüre des Voranschlages aufgetaucht sind. Die meisten Fragen sind geklärt worden, darum haben wir uns nicht mehr dazu geäussert. Es gibt einzelne Fragen, auf welche wir allenfalls beim nächsten Budget darauf zurückkommen werden, beispielsweise die Frage nach den finanziellen Auswirkungen vom Wechsel des Selberkochens in der Tagesschule zum Catering. Hier wollen wir aber abwarten bis mehr Erfahrungen gesammelt werden konnten. Darum beschränken wir uns hier auf eine allgemeine Bemerkung und dann werden wir in der Detailberatung noch zwei Bemerkungen und zwei Anträge anbringen. Die allgemeine Bemerkung ist, dass wir grundsätzlich einverstanden sind und dem Voranschlag zustimmen auch wenn das Defizit wirklich sehr hoch ist. Wie ich es vorhin schon erwähnt habe, wären wir bereit gewesen auf der Einnahmenseite Gegensteuer zu geben. Weil die finanziellen Perspektiven für uns wirklich besorgniserregend sind. Daran ändert auch die Abschlussprognose dieses Jahres nichts. Die nächsten Jahre sind aufgrund von Faktoren gerechnet, welche unabhängig von einer einmaligen Mehreinnahme von 1.8 Mio. eines einzelnen Steuerzahlers sind. Wir sind, während des Studiums des Voranschlages zum Schluss gekommen, dass mit vielen Korrekturen auf der Ausgabenseite sich die Löcher, welche die Steuersenkungen auf Gemeinde- und kantonsebene verursachen, nicht stopfen lassen. Wir sind auch zum Schluss gekommen, dass zwei Kürzungen welche der Gemeinderat bei der Tagesschule und bei der Gesundheitsförderung vorgeschlagen hat, sich nicht lohnen. Sie schaden mehr als dass sie einen Nutzen bringen. Wir werden diese beiden Kürzungen in der Detailberatung rückgängig machen. Wir hoffen auf die Unterstützung aller, welche rechnen, dass es sowieso viel besser herauskommt als budgetiert. Somit spielen diese rund Fr. 20'000.00 auch keine Rolle.

Roland Stucki, EVP: Mit Freude haben wir von dieser Prognose Kenntnis genommen. Welche, wie vorhin bereits erwähnt wurde, immer besser ausfällt als dies angedenkt war. Das ist sehr erfreulich. Aufgrund davon, und mit Betrachtung für das nächste Jahr sind wir willens diesem Bericht und Antrag zuzustimmen. Wir danken Daniel Bichsel und seinem Team für die gute Arbeit.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat zu den bisherigen Voten Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Wie immer präsentiere ich meine Zahlen (*zeigt anhand einer Folie die Entwicklung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Zollikofen*), in der Hoffnung dass gewisse Lehren gezogen werden. Ich zeige die Jahre 2006 bis 2010 auf. Unter A sind die Voranschläge, unter B die Abschlussprognosen und unter C die definitiven Rechnungsabschlüsse aufgeführt. Daraus werden die grossen Fehlprognosen aufgezeigt. Ich komme zum Kurzkommentar zu den einzelnen Jahresabschlüssen: Im Jahr 2006 resultierte ein Ertragsüberschuss 426'000.00, im Jahr 2007 resultierte ein Ertragsüberschuss von 1.2 Mio. Ich habe damals im Frühling 2008 einen Steuerrabatt für das Jahr 2008 beantragt, gleich wie dies der Kanton gemacht hat. Dies in Form von abgestuften Prozentsätzen. Dies war sozialverträglich. Das ist vom Grossen Gemeinderat abgelehnt worden. 2008 resultierte ein Plus von Fr. 917'000.00, wobei das erste Budget anlässlich der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Das erste Budget hatte eine Erhöhung der Liegenschaftssteuern vorgesehen, als Ergebnis dieses vermaledeiten Runden Tisches. Dies mit der ausdrücklichen Zustimmung der SVP und des Freisinns. 2009 resultierte ein Überschuss von Fr. 443'000.00 in Zusammenhang mit einer Steuersatzsenkung von nur einem halben Steuerzehntel von 1.45. auf 1.4. Der Gemeinderat war damals einstimmig dagegen, wie auch die SP mit der CVP und der Freien Liste. Ich habe eine Steuersenkung eines vollen Steuerzehntels beantragt. 2010, Prognose heute: Bereits 2.5 Mio. Ertragsüberschuss. Beim definitiven Abschluss erhöhe ich sehr moderat, auf 2.8 Mio., ich habe vorhin vernommen, dass man auf 3.2 Mio. erhöhen könnte. Aber dies ist einfacher zu rechnen. 2.8 Mio. minus 1.8 Mio. ergibt immer noch

1 Mio. Überschuss. Ich habe anlässlich der Budgetberatung vor einem Jahr "Paso doble" beantragt, ich zeige diese Folie jetzt nicht. Ich habe gefordert, den Risikozuschlag à la Jörg im Betrag von Fr. 651'000.00 aufzuheben und zu den Steuereinnahmen zu schlagen und eine Steuersenkung von 0.4 Steuerzehnteln, das heisst von 1.40 auf 1.36, vorzunehmen. Das wurde natürlich von allen abgelehnt. Heute stelle ich bereits wieder fest, dass viel zu viele Steuern einkassiert werden. Wir werden im nächsten Jahr im Mai auf diesen grossen Überschuss zurückkommen. Was ist mit den Ertragsüberschüssen in den letzten Jahren geschehen? Von 2007 bis 2009, also während 3 Jahren sind 2.5 Mio. nicht in das Eigenkapital geflossen, sondern als Überabschreibungen verwendet worden. Im Schreiben von Daniel Bichsel von letzter Woche zur Abschlussprognose steht: "Die Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen zwecks Neutralisierung des Bruttoergebnisses (Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung) bleibt vorbehalten (analog der Rechnungsabschlüsse 2008 bis 2009). Insbesondere das überdurchschnittliche Investitionsvolumen der kommenden Jahre, sowie das in ausreichender Höhe vorhandene Eigenkapital lassen dieses Vorgehen erscheinen." Das Jahr 2007 wurde vergessen. Es sind nämlich noch zusätzliche 1.2 Mio. in die Überabschreibungen geflossen. Wenn man diese Überabschreibungen in das Eigenkapital gelegt hätte, und das auch für die Dauer des Jahres 2010, hätte man anfangs 2011 gegen 20 Mio. im Eigenkapital. Ich lehne die Überabschreibungen aus folgenden Gründen ab: A) Dem Steuerzahler wird Sand in die Augen gestreut, die Jahresrechnung würde ausgeglichen abgeschlossen. B) Damit könnten wir ohne weiteres grosse Budgetdefizite in Kauf nehmen. C) Hinzu kommt ein buchhalterischer Haken, diesen muss ich näher ausführen. Bevor man zum System der so genannten harmonisierten Abschreibungen von 10 % des Buchwertes kam, also degressive Abschreibung, konnte man zum hälftigen Satz des Gestehungswertes, abschreiben, also linear. Dies ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht ideal. Mit dem System der harmonisierten Abschreibungen von 10 % vom Buchwert, wird eine hohe Investitionstätigkeit bestraft. Das heisst zum Beispiel: Der Umbau unseres Verwaltungsgebäudes von rund 3 Mio. bewirkt im ersten Jahr eine Abschreibung von Fr. 300'000.00, im Folgejahr Fr. 270'000.00, dann Fr. 243'000.00. Wenn wir Ertragsüberschüsse als Überabschreibungen verwenden, statt in das Eigenkapital zu legen, haben wir berechtigten Anspruch auf Steuersenkungen. Als Beispiel für andere Gemeinden dient Ittigen. Dort hat man aus der Rechnung 2009 1.9 Mio. in das Eigenkapital gelegt. Für das Jahr 2010 hat man die Steueranlage von 1.24 auf 1.19 gesenkt. Für 2011 wird noch einmal gesenkt auf 1.14 Einheiten bei einem Budgetfehlbetrag von 2.5 Mio. Herr Buser hat kürzlich im MZ auf einen Unterschied zwischen Zollikofen und Ittigen hingewiesen. Es gibt eben noch viele andere, die ich hier aber nicht erwähnen möchte. Soweit zum Thema Überabschreibungen. Nun zum Voranschlag 2011. Es wird ein Aufwandüberschuss von 1.4 Mio. ausgewiesen. Das grosse Sparen findet man im Voranschlag 2011 nicht. Als das Budget 2008 im ersten Anlauf scheiterte, hat man unter anderem den Osterbott gestrichen. Als Zeichen dafür, dass Sparbemühungen an die Hand genommen werden. Meiner Meinung nach war dies richtig. Wenn man effektiv sparen möchte, müsste man den GGR durch eine Gemeindeversammlung ablösen. Dort könnte man auch Gratisbier und Eier abgeben. Aber dann hat das Volk etwas zu sagen. Wenn man nur schon die Abstimmung über die Preisgabe unseres Betagtenheims betrachtet, bei welcher ich als einziger dagegen gestimmt habe, und mir 48% der Stimmenden gefolgt sind, muss man sich tatsächlich fragen ob der GGR die richtige Legislative ist. Ausserdem sollte man vom Hauptamt des Gemeindepräsidenten auf ein Halb- oder besser noch Nebenamt umschalten. Dann hätten wir nämlich auch eine bessere Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten. Im 2011 wird die erste Etappe der Kantonalen Steuergesetzrevision in Kraft treten. Welche glücklicherweise auch für die Gemeinde gilt. In Zollikofen herrscht diesbezüglich ein grosser Widerstand. Die Wirkung der kalten Progression wird annulliert und die persönlichen Abzüge werden erhöht, was sozial absolut in Ordnung ist. Der Kanton kommt der Verpflichtung nach, in der Rezession die Steuerschraube zu lockern. Ich habe hier bereits ein paar mal gesagt, dass mit Steuersen-

kungen die Rezession gemindert werden kann. Wenn die Konsumenten nicht konsumieren...

Präsidentin: Herr Oesch, die Zeit läuft Ihnen davon. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Toni Oesch, FdU: Ich sage es später

Präsidentin: Besten Dank Herr Oesch.

Toni Oesch, FdU: Das ist einfach unanständig.

Präsidentin: Zehn Minuten Redezeit, so will es die Geschäftsordnung und daran halten wir uns alle. Werden weitere Wortmeldungen aus dem Rat gewünscht?

Armin Röthlisberger, SVP: Die EVP möchte mit dem schlechten Ergebnis des Vorschlages mit 1.4 Mio. Defizit Gegensteuer geben. Das macht sie bei den Einnahmen, aber es gibt noch andere Parteien die wollen Gegensteuer bei den Ausgaben geben.

Präsidentin: Werden weitere Wortbegehren gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Detailberatung. Ich bitte hier bei Fragen, Bemerkungen und Änderungsanträgen immer zuerst die Seitenzahl und die Kontonummer anzugeben. Wir gehen kapitelweise durch.

#### **Konto 0 Allgemeine Verwaltung, Seiten 4 bis 6**

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe zwei Bemerkungen. Eine zur Seite 4. Konto 012.317.06. Diese Position heisst Öffentlichkeitsarbeit. Hier ist eine Position mit Fr. 22'800.00 für die Produktion eines Imagefilms enthalten. Uns erscheint es zweifelhaft, ob es diesen Imagefilm wirklich braucht. Auf alle Fälle könnte man mit diesem Geld die zwei Sachen gut finanzieren, welche der Gemeinderat bei der Tagesschule und bei der Gesundheitsförderung gestrichen hat. Wir kommen darauf zurück. Wir haben uns aber rechtlich überzeugen lassen, dass der Beschluss des Gemeinderates bezüglich des Imagefilms rechtsgültig ist und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir verzichten daher auf einen Kürzungsantrag bei diesem Imagefilm. Wir hoffen aber im Gegenzug auf Unterstützung wenn es darum geht mit dem Verzicht auf die beiden Kürzungen etwas wirkungsvolles zu tun, für ein gutes Image der Gemeinde, nicht nur im Film sondern in der Realität. Die zweite Bemerkung betrifft Seite 6, Konto 092.314.01. Unter dem Titel Liegenschaftsunterhalt ist ein Betrag von Fr. 40'000.00 für den Abbruch des Bauernhauses Nr. 3 an der Bernstrasse vorgesehen. Es gibt in diesem Gebäude günstigen Wohnraum. In den letzten Jahren wurde diesbezüglich in neue Fenster und in die Inneneinrichtung der Wohnung im ersten Stock investiert. Wir fragen uns weshalb dieses Haus, welches auch als Notunterkunft für den Sozialdienst, und der Estrich als Abstellraum für das Asylzentrum dient, abgerissen werden soll, ohne dass eine andere nutzbringende Verwendung dieses Grundstückes in Sicht ist. Es kommt hinzu, dass der Mieter seine Bereitschaft bekundet hat, sich finanziell stärker an den ungedeckten Kosten und neu auch an gewissen Nebenkosten und allenfalls auch an Investitionen zu beteiligen. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Finanzverwaltung bereit ist, die Vorschläge dieses Mieters, zur Verbesserung der Ertragslage offen zu prüfen. Wir erwarten jetzt eine konstruktive Zusammenarbeit von allen Beteiligten. Wir gehen aufgrund der Zusicherung aus der Verwaltung davon aus, dass der GGR in einer separaten Vorlage über den Abbruch entscheiden kann. Wir erwarten, dass in dieser Vorlage an den GGR, als Alternative zum Abbruch auch die Kosten für die statische Sicherung dieses alten Gebäudes offen und fair dargelegt werden. Wir zweifeln nicht daran, dass dies so geschehen wird. Nur dann kann der GGR frei entscheiden, ob er dieses alte Bauernhaus abreißen will oder ob es noch ein paar Jahre seinen Dienst

als günstigen und vom Mieter auch geschätzten Wohnraum tun soll. Wir stimmen diesem Budgetposten zu, weil er, falls es nicht zum Abbruch kommt, für die nötigen Sanierungsmassnahmen gebraucht werden kann. Wir möchten klarstellen, dass unsere Zustimmung nicht als Vorentscheid für einen Abbruch verstanden werden soll.

Markus Burren, SVP: Ich kann meinem Vorredner einmal Recht geben, teilweise. Nun zum Konto 012.317.06. Wir haben Mühe damit, dass der Kredit für diesen Film beschlossen wurde, ohne dass wir hier im GGR etwas dazu sagen konnten. Das ist das was uns am Meisten stört. Man hätte dieses Vorhaben auf dem ganz normalen Weg ordentlich budgetieren können. Dies wäre auch schon letztes Jahr möglich gewesen. Der GGR hätte darüber entscheiden können und es allenfalls gestrichen. Aber sicher nicht einfach kurz den Auftrag auslösen. Denn in 5 Jahren kommt diese Position wieder, weil der Film dann aktualisiert werden muss. Diesem Teil können wir nicht zustimmen. Zur Position 092.314.01. Wer dieses Bauernhaus kennt, und wenn ich so in die Runde schaue, möchtet ihr wohl alle nicht dort drin schlafen. Hierfür Fr. 1'000.00, Fr. 20'000.00, Fr. 40'000.00 auszugeben oder das Gebäude noch zu schützen ist eine Pflästerli-Politik. Wenn man Bildmaterial von früher betrachtet, oder wenn man Leute im Bekanntenkreis hat, welche das Gebäude noch von früher kennen, wird man sagen, das Gebäude sei nicht schützenswert. Dieses Bauernhaus hat früher ganz anders ausgesehen und ist auch dementsprechend zur Geltung gekommen. Aber wenn man nun 50 Jahre nichts mehr gemacht hat, muss man jetzt auch nichts mehr machen wollen.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen zur Seite 4 bis 6, Allgemeine Verwaltung? Das ist nicht der Fall. Der Gemeindepräsident hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zuerst einmal zur Aufregung, dass der Gemeinderat etwas beschliesst, was nicht im Parlament behandelt werden konnte. Wir beschliessen im Gemeinderat nur, was in unserer eigenen Kompetenz liegt. Nun zur Aufregung wegen diesem Imagefilm. Es ist praktisch in fast jeder Gemeinde Usanz, wenn man an einer Versammlung teilnimmt oder Institutionen empfangen werden, dass nicht mehr Folien aufgelegt werden und man Erklärungen zur Gemeinde abgibt. Heute wird ein entsprechender Film vorgeführt. Vielleicht ist das Wort "Imagefilm" ein wenig falsch gewählt worden. Aber es ist ein Film, welcher beispielsweise auch an einem Neuzuzügeranlass vorgeführt werden kann und sich jeder ein Bild von der Gemeinde machen kann, inklusive der verschiedenen Vereinen und Firmen.

### **Konto 1 Öffentliche Sicherheit, Seiten 6 bis 9**

Keine Wortmeldungen.

### **Konto 2 Bildung, Seiten 9 bis 12 (ohne Kontengruppe 212 Sekundarstufe I)**

Edith Vanoni, GFL: Ich spreche zum Konto 210.318.06, Gesundheitsförderung. Ich beantrage, dass dieser Budgetposten mindestens auf die Höhe vom Voranschlag des Jahres 2010 aufgestockt wird. Die Gesundheitsförderung ist ein Dauerauftrag der Gemeinde, dazu besteht eine Leistungsvereinbarung, welche von Sabine Huber unterschrieben worden ist. Wir haben uns im Frühling 2010 bei der Behandlung des Schulreglementes klar für die Gesundheitsförderung ausgesprochen. Es geht doch nicht, dass man jetzt plötzlich den Rotstift ansetzt. Die Gesundheitsförderung wird immer wichtiger. Die Gesundheitskoordinatorinnen, welche Lehrkräfte sind, müssen sich diesbezüglich speziell ausbilden. Sie bilden sich auch ständig weiter. Sie bekleiden in der Schule eine übergeordnete Funktion. Sie planen Projekte, setzen diese um und sind dafür besorgt, dass diese in den Schulen verankert werden. Für das braucht es viel Engagement der einzelnen Gesundheitskoordinatoren vor Ort und auch eine siche-

re Finanzierung. Hier nun plötzlich den Rotstift anzusetzen macht wirklich keinen Sinn. Ich bin selber an der Schule an welcher ich arbeite, Gesundheitskoordinatorin. Ich weiss, dass Gesundheitskoordinatorinnen mehr als nur eine bezahlte Lektion pro Woche für diese Aufgabe aufwenden. Wer hier das Budget kürzt nimmt der Schule viel weg, vor allem auch den hoch motivierten Lehrpersonen den Elan für eine sehr wichtige Aufgabe. Für die Gesundheitsförderung werden nun Fr. 32.00 pro Kind eingesetzt, mit den vorgesehenen Kürzungen stehen nur Fr. 21.00 pro Kind zur Verfügung. Die Stadt Bern betreibt schon seit 20 Jahren Gesundheitsförderung und es kommt nicht von ungefähr, dass die Stadt Bern weniger übergewichtige Kinder hat als andere Städte, welche die Gesundheitsförderung noch nicht lange betreiben. Das sind Kosten welche sich an anderen Orten auswirken. Also heben wir den Posten auf die Höhe des Voranschlages 2010 auf Fr. 22'650.00 an.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Auf Seite 11, Konto 218.302.01, Löhne Tagesschule. Die GFL beantragt die Wiederaufnahme der Löhne für die Zivildienstleistenden im Betrag von Fr. 14'320.00. Heute hat es noch mehr zu betreuende Kinder in der Tagesschule als letztes Jahr. Das heisst rund 100, davon 60 am Mittag. Obwohl die Betreuungssituation vom Kanton verbessert worden ist, heute gilt eine Betreuungsperson pro 10 Kinder, früher war es eine Betreuungsperson pro 12 Kinder, kommen immer wieder Zwischenfälle vor. Wie z.B. Streitereien zwischen den Kindern oder Unfälle. Bei solchen Zwischenfällen sind die Betreuungspersonen stark gefordert. Solche Zwischenfälle kommen häufiger vor, wenn mehr Kinder zusammen sind. Eine Entlastungshilfe wird also sehr geschätzt und trägt zu einem entspannteren Arbeitsklima bei. Weiter zu erwähnen sind die durchwegs guten Erfahrungen welche mit den "Zivis" gemacht worden sind. Sie sind motiviert, helfen überall mit und sind bei den Kindern beliebt. Ausserdem ist ein Zivi ein Mann, der in einem eher von Frauen geprägten Kreis sehr willkommen ist. Durch sein Verhalten, seine Hilfsbereitschaft, die Teilnahme an ganz verschiedenen Arbeiten, ist er ein sehr gutes Vorbild, insbesondere für Knaben, die ein männliches Vorbild zu Hause vermissen. Die Hilfe eines Zivildienstleistenden könnte es in Zukunft eventuell auch ermöglichen, Kinder vom Schulhaus Steinibach in die Tagesschule zu begleiten. Ein "Zivi" stellt eine sehr billige Hilfskraft dar. Die Kosten betragen maximal Fr. 50.00 pro Wochentag alles inbegriffen (Unterkunftsentschädigung, Essen, Taschengeld und Fahrspesen). Der ganze Lohn beträgt das ganze Jahr nur Fr. 14'320.00. Kommt hinzu, dass nach dem Budget, diese Kosten von der Rückerstattung des Kantons (die Normlohnkosten) und den Beiträgen der Eltern mehr als abgedeckt werden. Die Kosten der Zivis können über den budgetierten Ertragsüberschuss der Tagesschule finanziert werden. Trotz den Unsicherheiten im Voranschlag, die durch die neue Abrechnungsmethode entstehen, sehen wir kein finanzielles Hindernis, diesen Betrag wieder ins Budget aufzunehmen.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich rede zum gleichen Konto 218.302.01, Tagesschule Löhne. Im Kommentar zu den Erläuterungen zum Budget stand: "Für den Einsatz von Zivildienstleistenden ist mit einem weiteren Mehraufwand zu rechnen." Man konnte annehmen dies seien die Fr. 14'320.00. In der Zwischenzeit konnte man vernehmen, dass diese Position offenbar von der Finanzkommission oder vom Gemeinderat gestrichen worden ist. Die Gründe sind nicht bekannt, weil keine Rückmeldung erfolgt ist. Auch nicht an die Antragstellenden von der Schule. Die Tagesschule hat diesen Antrag aber ausführlich begründet und seriös budgetiert. Es könnte kontraproduktiv sein, wenn man die Zivildienstleistenden nicht mehr bei uns in Zollikofen haben will. Anne-Lise Greber-Borel hat dies zum Teil schon begründet. Mit Zivildienstleistenden können die Minimalanforderungen des neuen Betreuungsschlüssels besser erfüllt werden, ohne allzu grosse Kosten zu verursachen. Selbst wenn dieser Betrag von Fr. 14'320.00 voll zu lasten der Gemeinde gehen würde. Seit dem Sommer 2009 besteht das Betreuungsteam ausschliesslich aus Frauen. Die Kinder haben aber ein grosses Bedürfnis, ab und zu auch eine männliche Bezugsperson zu haben. Viele Kinder haben nicht nur in der Schule

sondern auch zu Hause keine männliche Betreuung. Nicht zuletzt deshalb sind die Zivildienstleistenden bei den Kindern der Tagesschule sehr beliebt. Die "Zivis" bringen ihre eigenen Idee ein und durch den Wechsel werden neue Fähigkeiten und Fertigkeiten ins Team getragen. Durch die Rückmeldungen dieser "Zivis" erhält die Tagesschule auch Vorschläge und Bemerkungen zum Betrieb welche zu einer Qualitätsverbesserung führen können. Das Bedürfnis nach Zivildienststellen ist gestiegen und wird wahrscheinlich auch weiter steigen. Auf jeden Fall so lange wir die Wehrpflicht noch aufrecht erhalten. Die Arbeit mit Kindern spricht viele junge Männer an und ermöglicht ihnen den Einblick in eine Welt welche sie nicht kennen. Das Anbieten einer Zivildienststelle ist ein Dienst an der Gesellschaft, bei welcher für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation geschaffen werden kann. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen bitte helft mit, dem Betreuungsteam Unterstützung zu bieten, helft mit, den Zivildienstleistenden auch hier in Zollikofen eine sinnvolle Dienstleistung zu ermöglichen. Helft mit, den Kindern der Tagesschule doch ab und zu eine männliche Bezugsperson zur Verfügung zu stellen.

Marianne Pfister, SVP: Ich habe eine Frage zur Seite 12, Konto 292.318.01. Es geht hier um einen kleinen Betrag von Fr. 2'250.00. Meine Fragen bezüglich des Integrationsprojektes Marhaba lauteten: Wie viele Teilnehmer ohne Organisatoren und Referenten nehmen hier teil und wie oft werde diese Kurse durchgeführt?

Peter Bähler, SVP: Wir haben vorhin von diesem Wiederaufpfropfungsantrag von Fr. 14'320.00 für die Zivildienstleistenden gehört. Dass es in diesem Betreuungsgremium zu wenig Männer hat, kann man nicht einfach schnell durch die Schaffung einer neuen Stelle regeln. Man muss halt in der nächsten Stellenausschreibung aufführen, dass männliche Bewerber bevorzugt angestellt werden, wie das für Frauen bei gewissen Stellen auch gemacht wird. Die SVP wehrt sich gegen diese Erhöhung, wir finden es gut, dass der Gemeinderat diese Position gestrichen hat, umso mehr, dass ja bereits Massnahmen getroffen wurde. Neu gibt es pro 10 Kinder eine Betreuungsperson und nicht mehr pro 12 Kinder eine Betreuungsperson. Das heisst, über den Mittag ist bei 60 Kindern eine Betreuungsperson mehr anwesend. Wenn wir weiterhin in diesem Rahmen Personal aufstocken, haben wir in 30 Jahren, überschlagen, 1 Kind pro 2 Betreuungspersonen.

Denise Mellert, CVP: Ich möchte auf das Votum von Marianne Pfister Antwort geben. Auf Seite 12, Konto 292.318.01 bezüglich des Schwerpunktes Integration von Fremdsprachigen im Betrag von Fr. 6'250.00. Ich bin Präsidentin der Kulturkommission, ich denke das wissen wohl die Meisten hier. Das Projekt Marhaba war ein Auftrag an die Kulturkommission im Zusammenhang mit dem Schwerpunktprogramm des Gemeinderates "Einbezug von allen Bewohnerinnen und Bewohner von Zollikofen". Die Beteiligung beträgt bis zu 10 Personen pro Anlass. Ob das viel oder wenig ist, überlasse ich jedem einzelnen Ratsmitglied. Die Tatsache ist jedoch, dass die sozialen Kontakte anders laufen als bei den Frauen. Männer für die Teilnahme zu gewinnen ist schwieriger als bei den Frauen. Die 10 Männer, welche durchschnittlich einen solchen Anlass besuchen, finden diesen wertvoll. Es werden etwa 4 bis 6 Anlässe pro Jahr organisiert. Themen sind: Besuch der Feuerwehr, Gesundheit, Wie funktioniert die Schweiz, Wie funktioniert unser Schulsystem. Die Sprache dieser Anlässe ist Hochdeutsch. Es soll gefördert werden, dass die Männer Hochdeutsch verstehen und sich auch selber in Hochdeutsch äussern können. In Zollikofen wird zur Integration beigetragen indem man dem KARIBU, einer niederschweligen Stelle für fremdsprachige Frauen finanziell etwas zukommen lässt. Ausserdem wird das INTERKONO Frauen unterstützt. Für die Fremdsprachigen im Kindergarten und für die Schulkinder werden auch entsprechende Projekte angeboten. Es gibt nun auch ein neues Projekt für fremdländische Vorschulkinder, welche in der Spielgruppe gefördert werden sollen. Für fremdsprachige Männer gibt es in Zollikofen kein derartiges Programm. Aus den folgenden Gründen bitte ich

euch diesen Budgetposten oder diesen Teil daraus, die Fr. 2'250.00, nicht zu streichen. Zum Vergleich, das INTERKONO Frauen ist mit Fr. 4'000.00 veranschlagt. Die Kulturkommission hat diesen Betrag als nicht übertrieben betrachtet. Es ist kein à fonds perdu Beitrag, die Kosten entsprechend der Anzahl der durchgeführten Anlässe. Die Gemeinde Zollikofen steckt mitten in der Ausarbeitung eines Integrationskonzeptes, daher möchte ich beliebt machen, dass dieser Budgetposten für das Marhaba für das Jahr 2011 im Budget bestehen bleibt. Diese Position wird im Zusammenhang mit dem Integrationskonzept neu geregelt.

Marianne Pfister, SVP: Ich wollte diese Position nicht streichen. Ich wollte lediglich fragen, wie viele Personen teilnehmen.

Präsidentin: Wir haben dies hier oben auch so verstanden.

Markus Burren, SVP: Diesen Ausführungen konnte ich entnehmen, dass diese armen Männer, welche alle an einem Arbeitsplatz sind nehme ich an, dort nicht Deutsch lernen bzw. sich nicht integrieren können. Ich konnte mich im Militär auch integrieren, ich musste auch Französisch sprechen lernen. Dies ist nicht meine Muttersprache, aber ich musste mich halt fügen. Dann bin ich integriert worden. Also weshalb müssen wir auf Biegen und Brechen 4 bis 6 Anlässe organisieren für bis zu höchstens 10 Personen. Das finde ich für Fr. 2'250.00 etwas übertrieben, wenn man bedenkt, dass wir in Zollikofen über 50 Vereine verfügen, in welchen jeder mitmachen kann. Ich habe noch nie von einem Verein gehört, dass er jemanden ausschliesst, nur weil dieser nicht gut Deutsch sprechen kann. Im Fussballverein gibt es viele, welche nicht von Anfang an Berndeutsch sprechen, aber sie können es lernen. Ich stelle einen Kürzungsantrag um die Hälfte dieser Position.

Präsidentin: Darf ich kurz nachfragen, handelt sich um die Hälfte des ganzen Postens, also um Fr. 6'250.00 oder um die Hälfte der Fr. 2'250.00?

Markus Burren, SVP: Es handelt sich um die Fr. 2'250.00

Roland Stucki, EVP: Eine Frage an Michel Cotting. Ist es richtig, dass der geplante Freiwilligenanlass nirgends budgetiert ist?

Michel Cotting, SP: Der Freiwilligenanlass wird im übernächsten Kapitel unter dem Konto ZOLLI-XUNG+ZWÄG aufgeführt.

Präsidentin: Wir bleiben noch im Kapitel Bildung. Werden noch Wortmeldungen gewünscht. Möchte der Gemeinderat noch Ergänzungen anbringen bzw. zu den Anträgen Stellung nehmen.

Sabine Huber-Spari, Gemeinderätin: Gesundheitsförderung war das erste Thema. Ich möchte hier betonen, dass bei dem was die Kinder von der Gesundheitsförderung erhalten wurde kein Rappen gestrichen. Die Klassenkredite sind festgelegt. Die Klassenkredite bzw. Schulhauskredite betragen nach wie vor Fr. 2'000.00 pro Schulhaus. Effektiv zurückgefahren ist man bei den Lehrerinnen welche als Koordinatorinnen funktionieren. Ich muss sagen, dass wir aus aktuellem Anlass (Schwerpunktthema) sehr stark auf Ernährung und Gewicht fokussiert sind. Diese Projekte sind fast vollständig an Elternräte delegiert worden. Wir mussten uns überlegen, dass wohl nicht jede Woche eine Stunde in jedem Schulhaus koordiniert wird. Es ist einerseits richtig, dass sich die Koordinatorinnen in den Schulhäusern aufhalten. Darum waren wir auch nicht der Meinung, dass es nur noch eine Gesundheitskoordinatorin geben soll. Wir denken aber, dass den Kindern, welche trotzdem ihre Projekte erhalten, eine vierzehn-tägliche Lektion, in welcher nicht unterrichtet, sondern koordiniert wird, reichen sollte. Der Gemein-

derat bleibt bei seiner Meinung. Zur Tagesschule bzw. zu den Zivildienstleistenden: Ihr konntet sehen, es handelt sich um einen zusätzlichen Posten. Es ist richtig, der Betreuungsschlüssel beträgt 1 Betreuungsperson auf 10 Kinder statt wie vorher auf 12 Kinder. Einen Zivildienstleistenden darf man nicht anstelle einer anderen Arbeitskraft einsetzen. Es ist ganz klar ein "suplement". Dies haben wir vorhin auch mit weniger zugestanden Betreuungspersonen gehabt und auch richtig gefunden. Ich möchte noch auf die fehlenden Männer zu sprechen kommen. Seit diesem neuen Schuljahr im August, ist der Leiter der ganzen Betreuung ein Mann, Herr Mischler. Wir haben schon vorher, mit Ausnahme des letzten Jahres, immer einen Mann beschäftigt, Herrn Spe-scha. Ganz männerlos waren wir in der Tagesschule nicht. Der Gemeinderat war der Ansicht, dass aufgrund dieser Verhältnisse man nicht zwingend an diesem Zivildienstleistenden festhalten muss. Entscheiden kann der Grosse Gemeinderat. Es ist klar ein "suplement".

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich komme auf den Kürzungsantrag betreffend Schwerpunkt Integration Fremdsprachige zu sprechen. Damit habe ich sehr grosse Mühe. Wir haben im Parlament im letzten Jahr eine Motion, welche die Erstellung eines Integrationskonzepts fordert, überwiesen. Dieses Konzept ist in Bearbeitung. Mit grösster Wahrscheinlichkeit werden wir dieses Jahr mit dem Konzept fertig. Wir werden dieses dem Parlament im nächsten Jahr vorlegen. Ich habe Mühe, dass, bevor ein Konzept vorliegt, insbesondere bei der Integration von Fremdsprachigen, Kürzungsanträge gestellt werden. Ich bitte euch diesem nicht zuzustimmen. Wir haben diesen Auftrag bezüglich der Erstellung eines Integrationskonzeptes erhalten und nehmen diesen Auftrag ernst. Mit diesem Integrationskonzept werden die Kräfte gebündelt. Nicht dass es so bleibt wie jetzt, dass verschiedene Institutionen verschiedene Tätigkeiten ausführen. Wenn dieses Konzept vorliegt, kann man zum Budget Stellung nehmen.

Präsidentin: Wir kommen nun zu den Anträgen. Wir beginnen auf der Seite 9. Konto 210.318.06 Gesundheitsförderung. Hier haben wir einen Antrag der GFL, der lautet: Um Aufstockung von Fr. 6'950.00. Die Summe soll dann, gleich wie im Voranschlag 2010, Fr. 22'650.00 ergeben.

**Der Antrag der GFL wird mit 19 zu 12 Stimmen abgelehnt.**

Präsidentin: Wir gehen weiter auf der Seite 11. Konto 218.302.01. Hier liegt ein Antrag der GFL und der SP vor. Diese Anträge sind identisch. Es geht um die Aufstockung von Fr. 14'320.00.

**Der Antrag der GFL bzw. der SP wurde mit 17 zu 14 Stimmen gutgeheissen.**

Präsidentin: Wir gehen weiter auf der Seite 12. Konto 292.318.01. Hier liegt ein Antrag der SVP, um die Kürzung von Fr. 1'125.00 bezüglich des Projektes Marhaba, vor.

**Der Antrag der SVP wird mehrheitlich abgelehnt.**

### **Konto 3 Kultur/Freizeit, Seiten 12 bis 14**

Toni Oesch, FdU: Seite 14, Konto 340.352.01, Beitrag an das Sportzentrum Hirzenfeld. Ich habe nachgerechnet. Im Kommentar und den Erläuterungen von Daniel Bichsel auf Seite 7 unten, wird erwähnt, dass die Trägerschaft ab 1. April 2011 tätig wird. Ich nehme an, dass die kommenden 3 Quartale auf Zollikofen und Münchenbuchsee aufgeteilt werden. Für das ganze Jahr beträgt der Betrag Fr. 550'000.00, die Hälfte davon beträgt Fr. 275'000.00, 9 Monate ergeben demnach einen Betrag von Fr. 206'250.00. Ich weiss nicht wie man hier auf den Betrag von Fr. 253'200.00 kommt. Handelt es sich hier um einen Rechnungsfehler, oder wird das ganze Jahr aufgezeigt?

Präsidentin: Kann der Gemeinderat oder Daniel Bichsel kurz Stellung nehmen?

Daniel Bichsel: Ich kann das beantworten. Wir haben in den Vertragsverhandlungen abgemacht, dass auch wenn es sich nur um 3 Quartale handelt, zur Zahlung für die einzelnen Gemeinden aber das ganze Jahresbetreffnis fällig wird. Dies weil es sich beim letzten Quartal um das Winterquartal handelt und der Hockeybetrieb beginnt. Warum ist es nicht je die Hälfte? Ihr könnt euch vielleicht erinnern, dass es für den Kostenschlüssel verschiedene Elemente gibt und das ist der Grund weshalb Zollikofen ein bisschen weniger als die Hälfte dieser Fr. 550'000.00 übernehmen muss.

Präsidentin: Ist diese Frage somit beantwortet? Gut. Gibt es weitere Bemerkungen zu den Seiten 12 bis 14 Kultur und Freizeit?

Armin Röthlisberger, SVP: Zuunterst auf Seite 14. Es geht um Gesundheit, die Rubrik ZOLLI-XUNG+ZWÄG mit Fr. 65'750.00. Wir finden auf Seite 8 bei den Erläuterungen mit Fr. 24'000 das Projekt "Offene Turnhallen". Bevor ich hier einen Antrag stelle, möchte ich wissen um was es sich hierbei handelt.

Präsidentin: Besten Dank Herr Röthlisberger. Sie sind gerade ein Kapitel nach vorne gerutscht. Wir kommen gleich dazu. Ich möchte zuerst das vorherige Kapitel Kultur und Freizeit noch abschliessen. Sind hierzu noch Fragen im Raum? Das ist nicht der Fall. Somit gehen wir gleich weiter.

#### **Konto 4 Gesundheit, Seiten 14 bis 15**

Präsidentin: Bestehen weitere Bemerkungen? Ist nicht der Fall. Somit möchte ich den Gemeinderat bitten die Frage von Herrn Röthlisberger zu beantworten.

Michel Cotting, SP: "Midnight Sport", was ist der Sinn, was ist der Zweck? Wir wollen Jugendliche im Erwachsen werden unterstützen. Und zwar nicht nur diejenigen welche im Projekt mitmachen werden, sondern auch die Jugendlichen welche dieses Projekt eigentlich angestossen haben. Das Projekt "Midnight Sports" kommt nicht vom Gemeinderat. In Zollikofen gibt es eine Aktivität, die heisst "Jugendmitwirkung". Im Sinne einer Zukunftskonferenz machen sich Jugendliche Überlegungen wie sie die Zukunft von Zollikofen mitgestalten könnten. Es sind Jugendliche welche den Anschluss geben, die Erwachsenen, es sind natürlich Erwachsene dabei, begleiten die Jugendlichen. Damit man ihnen zeigen kann, wie man solche Projekte durchführt. Das Projekt kommt aus diesem Bereich. Dem Gemeinderat wurde der entsprechende Antrag gestellt, was man mit diesem Projekt machen könnte. Der Gemeinderat ist derjenige welcher in erster Linie budgetieren kann und dieses Projekt kostet Geld. Es geht darum, dass man, wie in umliegenden Gemeinden, z.B. in Bern Turnhallen am Wochenende am Abend öffnet. Die Jugendlichen können sich, anstelle dass sie "herumhangeln" betreut von ausgebildeten Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern und ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiterinnen darin aufhalten. Sie können ihre Ausgang dort geniessen. Die Jugendlichen müssen nicht in die Stadt oder sich sonst wo in Zollikofen draussen aufhalten. Das Projekt hat in den umliegenden Gemeinde, beispielsweise in der Stadt Bern, sehr guten Anklang gefunden. Wir sind überzeugt, dass dieses Angebot auch in Zollikofen gut genutzt werden würde. Wenn ihr bei diesem Projekt Nein sagen würdet, dann sagt ihr nicht mir oder dem Gemeinderat Nein. Ihr sagt den Jugendlichen, welche sich aktiv am Leben in Zollikofen beteiligen, Nein.

Armin Röthlisberger, SVP: Ich habe noch eine Zusatzfrage: Wer ist dort verantwortlich? Wer ist die Trägerschaft? Ist das ein Verein?

---

Michel Cotting, Gemeinderat: Der Verein offene Jugendarbeit begleitet das Projekt "Jugendmitwirkung" aktiv und hilft auch mit.

Armin Röthlisberger, SVP: Also geht es um die Rubrik Jufo?

Michel Cotting, Gemeinderat: Das ist nicht Jufo per se, es handelt sich um ein Projekt welches ausserhalb des Jufo passiert. Die Gemeinde ist am Verein Jugendmitwirkung beteiligt. Die Jugendarbeit begleitet dieses Projekt und unterstützt die Jugendlichen.

Peter Bähler, SVP: Ich habe noch eine Nachfrage zu diesem Thema. Wie oft würden die Turnhallen für die Fr. 24'000.00 nun geöffnet werden und wie setzt sich dieser Betrag zusammen? Ich habe das Gefühl, man könnte 24 Wochenende à Fr. 1'000.00 die Turnhallen offen halten. Ist dies so vorgesehen? Ich möchte einfach noch genauer wissen was das Ziel ist und mit wie vielen Leuten man bei diesem Projekt rechnet.

Michel Cotting, Gemeinderat: Ich habe die Projektunterlagen nun auch nicht gerade zur Hand. Wir schauen noch gerade nach.

Präsidentin: Ich bitte um etwas Geduld.

Armin Röthlisberger, SVP: Wie wären dann die Öffnungszeiten, von 22.00 bis 24.00 Uhr?

Michel Cotting, Gemeinderat: Das Projekt entsteht im Entwurf. Es ist wie erwähnt nicht mein Projekt, sonst würde ich allenfalls über mehr Informationen verfügen. Wenn ich solche Fragen zum Voraus gewusst hätte, hätte ich mich darauf vorbereiten können.

Thomas Ackermann, CVP: Ich habe das Grobkonzept vor mir. Ich kann jetzt nicht alles ablesen. Was ich als wichtig markiert habe ist, dass es dieses Projekt in der Schweiz seit 1999 in über 90 Städten und Gemeinden gibt. Es ist vorgesehen die Turnhallen wöchentlich am Samstag zwischen 21.00 und Mitternacht offen zu halten. Die Teams werden unter anderem auch von Junior - Coaches betreut. Man will also Jugendliche nachziehen, damit diese den Anlass auch selber leiten können, und dass dafür nicht immer die Betreuer der Jugendarbeit benötigt werden. Am Anfang wird die Betreuung schwergewichtig durch die Jugendarbeit gewährleistet. Das Konzept richtet sich primär an Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren. Alkohol und Tabak sind strikte verboten. Es ist eine Pilotphase vorgesehen. Nach deren Abschluss wird eine entsprechende Auswertung stattfinden. Die Pilotphase ist gemäss Konzept von September bis Dezember 2011 vorgesehen. Der Schlussbericht ist für Januar 2012 vorgesehen. Es existiert ein Förderverein "Midnight Projekte Schweiz" da dieses Projekt schweizweit vertreten ist. Ich weiss nicht wie sich dies in Zollikofen verhält, aber hier steht, dass der Verein die Vorfinanzierung und die Liquidität während des Projektbetriebes garantiert.

Michel Cotting, Gemeinderat: In erster Linie handelt es sich hier um ein Grobkonzept. Wenn dem Budget für dieses Projekt zugestimmt wird, wird man dann die Detailplanung vornehmen und dies mit der Finanzverwaltung, welche vor allem für die Schulhäuser zuständig ist, klären.

Bruno Vanoni, GFL: Ich bin etwas erstaunt über die allgemeine Ratlosigkeit. Das Konzept welches Thomas Ackermann in den Händen hält, ist auf der Gemeindeverwaltung und in allen Parteien am Kursieren. Von der SVP kenne ich einen Vertreter, welchen ich gefragt habe ob ich ihm dieses Konzept zukommen lassen soll. Es hiess dann, dies sei nicht nötig, da das Konzept bekannt sei. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist der, dass dieses Vorhaben kein Projekt der offenen Jugendarbeit ist. Die Jugendarbeit ist mitbeteiligt an den Vorarbeiten. Aber es handelt sich eigentlich um ein Projekt

welches im Departement von Michel Cotting gut vorbereitet worden ist. Die offene Jugendarbeit ist auf anderen Kanälen, als sie letztes Jahr eine Bedürfnisanalyse durchgeführt hat, von verschiedener Seite, auch von anwesenden Ratsmitgliedern von bürgerlicher Seite, auf dieses Projekt von offenen Turnhallen hingewiesen worden. Das Projekt wurde sehr empfohlen und zur Nachahmung in Zollikofen vorgeschlagen. Der gleiche Hinweis kam auch aus Kreisen des Turnvereins. In dieser Spurgruppe, welche dieses Konzept erarbeitet hat, ist ein Vertreter des Turnvereins dabei. Dieser hat ausgeführt, dass der Turnverein Mühe hat, wie auch alle anderen Vereine an die jungen Leute heranzukommen. Man hegt die Hoffnung, dass durch dieses Projekt allenfalls auch der Kontakt zu den jungen Leuten hergestellt werden könnte. Aus all diesen Gründen, möchte ich empfehlen diesen Beitrag nicht in Frage zu stellen. Es ist ein Startbeitrag. Viele konkrete Fragen, welche man zu Recht stellt, sind noch nicht im Detail beantwortet. Dies muss erst noch geschehen. Aber damit dieses Projekt anlaufen kann, müssen wir diesen Beitrag bewilligen. Ich danke für die Unterstützung.

Präsidentin: Danke Bruno Vanoni. Jetzt hat sich zuerst Markus Burren und dann Armin Röthlisberger gemeldet.

Markus Burren, SVP: Wie ich der Diskussion entnehmen konnte, sind diese Fr. 24'000.00 für 4 Monate vorgesehen. Wenn man dies auf das ganze Jahr aufrechnet erhält man Fr. 72'000.00. Somit kostet jeder Abend Fr. 1'400.00 nur für die Betreuungsperson. Dann haben wir die Turnhalle noch nicht gerechnet. Wenn ich meine Kinder in die Jugi schicke, erhält Peter Bähler für jeden Abend Fr. 1'400.00. Irgendwo geht diese Rechnung nicht auf. Ich finde dieser Betrag ist relativ hoch. Ausserdem konnte man heute Abend zu diesem Projekt nichts definitiv klären. Es ist also fraglich, ob man zu einer solchen Position Ja sagen kann.

Armin Röthlisberger, SVP: So wie wir bis jetzt vernommen haben ist niemand wirklich informiert. Es ist keine Kostenzusammenstellung vorhanden. Wir haben keine klare Übersicht was diese Fr. 24'000.00 beinhalten. Wenn ich im Namen der 50 Vereine, oder nur schon aus der Optik des FC Zollikofen spreche, was wir alles gratis machen, kann ich diesem Projekt nicht zustimmen. Nun kommt ein Verein, welcher von 22.00 bis 24.00 Uhr eine Turnhalle benützen will und man weiss nicht genau was sie machen wollen, Fussball spielen, Federball spielen oder wollen sie nur herumsitzen und Musik hören, muss ich mich schon fragen, was wir im FC Zollikofen machen, in dem wir über 200 Junioren praktisch gratis für die Gemeinde betreuen. Unsere Trainer zahlen wir alle selber. Ich stelle den Antrag die Fr. 24'000.00 zu streichen. Es soll zuerst ein sauberes Konzept mit einem Budget, welches sie selber erstellt haben vorgelegt werden, dann können wir noch einmal über dieses Projekt diskutieren. Aber einfach so Fr. 24'000.00 zu sprechen, da sind wir dagegen. Die SVP stellt einen Streichungsantrag für die Fr. 24'000.00. Ausserdem erstaunt es mich, dass der Gemeinderat einem solchen Projekt zustimmen kann. Wenn die Jugendlichen nach 22.00 Uhr beim Schulhaus Geisshubel auf dem Areal herumstehen, werden sie von der Polizei weggewiesen. Und hier will man noch Fr. 24'000.00 für ein Projekt ausgeben, welches bis um 24.00 Uhr dauert.

Martin Kocher, SP: Ich kann es verstehen, dass es für Armin Röthlisberger, möglicherweise auch für andere Mitglieder des Rates schwierig ist zu verstehen, um was es bei diesem Projekt geht. Dass die Informationen nicht sehr ausführlich sind, hat sicher auch mit dem Prozess zu tun. Michel Cotting hat erklärt, dass diese Idee am Jugendmitwirkungstag entstanden ist. Von diesem Tag, haben soweit ich weiss alle Mitglieder in diesem Rat erfahren. Aber lassen wir den Prozess einmal ausser acht. Ich würde gerne, da ich aus beruflichen Gründen mich mit diesem Projekt befasst habe, kurz etwas dazu sagen. Der erste Punkt ist für mich der, dass ein Grobkonzept vorliegt, welches doch recht ausführlich beschreibt, um was es eigentlich geht. Ich denke wenn ihr

euch das Konzept von Bruno Vanoni hätten schicken lassen, und dieses hätten durchlesen können, wäre vieles schon klarer. Auch weshalb bei diesem Projekt Kosten entstehen. Die Organisation "Midnight Projekte Schweiz", existiert seit über 10 Jahren. Sie haben in einem kleinen Rahmen, vor allem mit Basketball-Abenden, begonnen. Inzwischen verfügt diese Organisation über verschiedene Büros in der ganzen Schweiz, in welchen sie dieses Projekt koordinieren. Es gibt mittlerweile an rund 94 Orten, das ist Stand 2009, mittlerweile sind es wahrscheinlich schon mehr, über 1'700 Anlässe welche im Jahr 2009 durchgeführt wurden. An diesen Anlässen haben rund 60'000 Jugendliche teilgenommen. Diese Anlässe sind sehr gut besucht. Es geht dabei um folgendes: Und auch hier, Herr Röthlisberger, haben sie mir eigentlich das Stichwort gegeben. Ich sehe am Samstagabend, wenn ich hier bei der Aula aus dem Bus aussteige, dass sich auf der anderen Strassenseite Jugendliche aufhalten. Dies tun sie auch in der kälteren Jahreszeit. Sie "hängen" dort herum, wie man umgangssprachlich sagt. Dass kann zur Folge haben, was wir im E-Mail "Die andere Seite von Zollikofen" erhalten haben. Es kann Abfall anfallen. Natürlich nicht immer im Ausmass wie wir es damals erlebt haben. Aber wenn Jugendliche "herumhängen" kann auch Abfall entstehen. Dieses Phänomen wird mit diesem Projekt wahrscheinlich nicht völlig verschwinden. Aber diese Projekt schafft einen Begegnungsort, siehe Leitbild des Gemeinderates, an welchem sich Jugendliche am Abend treffen können. Es sind häufig die Jugendlichen welche es sich nicht leisten können auf Bern in den Ausgang zu gehen. Es sind Jugendliche, häufig auch Mädchen, welche dann einfach zu Hause bleiben. In der Jugend ist es aber sehr wichtig, dass man Kommunikation und Interaktion, das Zusammenleben mit anderen lernen kann. Und hier kann ein solcher Begegnungsort ein sehr gutes Lebensfeld sein. Was macht man dort? Angefangen hat es mit Basketball. Heute spielt man Basketball, Volleyball und Fussball. Diese Spiele werden dann auch an diesem Abend entschieden. Es sind auch Projektleiter vor Ort. Es gibt so genannte "Senior - Coaches", das sind Erwachsene, welche das ganze steuern. Es gibt aber auch, und das ist ganz wichtig, "Junior - Coaches", also Jugendliche, welche speziell für dies ausgebildet werden. Diese helfen mit, den Abend zu organisieren. Gerade bei den Junior - Coaches gibt es einen guten Nebeneffekt, nämlich den, dass bei Jugendlichen, welche eine schwierigere soziale Stellung inne haben, auf dem Pausenplatz anschliessend sehr viel positiver auffallen. Weil sie, als "Junior - Coach" lernen, Verantwortung zu übernehmen. Sie werden in diese Aufgaben eingeführt und erhalten eine kleine Entschädigung. Dies gehört dazu. Dies soll wie bei anderen Aufgaben, bei welchen man Verantwortung übernimmt, gehandhabt werden. Das schmälert die Leistung des FC und all seinen Mitarbeitenden in keiner Art und Weise und wir schätzen diese auch weiterhin. Ein weiterer Punkt ist der, dass auch geschlechterspezifische Angebote durchgeführt werden. Es gibt allenfalls auch Tanzkurse, welche eher die Mädchen ansprechen. Weil dieser Anlass, Herr Buser, eher für die Knaben spricht. Aber wir versuchen ganz gezielt, die Mädchenquote zu erhöhen. Das ganze Projekt läuft von 21.00 bis 24.00 Uhr, dies muss man aber sicher noch genauer ausarbeiten. Viele Details bedürfen noch der Klärung, das ist sicher. Als ich mich mit diesem Projekt beschäftigt habe im Zusammenhang mit einem Artikel für eine Zeitung, hat mir der Leiter, welcher dieses Projekt seit nun rund 9 Jahren betreut mitgeteilt, dass es so gut wie noch nie irgendwelche Vorfälle mit Gewalt gegeben hat. Das hat mich sehr beeindruckt. Er konnte mir zwar keine fundierte Statistik vorweisen, aber ich gehe davon aus, dass dies stimmt. Es läuft sicher nicht ganz ohne Probleme, es handelt sich hierbei um Jugendliche, da kann immer etwas passieren, wie bei den Erwachsenen auch. Wichtig ist, das nicht geraucht wird. Es herrscht ausserdem ein Alkoholverbot. Wer dies missachtet, der wird mit Sanktionen rechnen müssen. Es gibt eine Kostenaufstellung. Diese Kostenaufstellung beinhaltet beispielsweise Fr. 500.00 für die Turnhallenmiete. Wenn die Gemeinde für die Miete nichts verlangt, fallen diese Fr. 500.00 bereits weg. Es ist eine Kostenaufstellung, basierend auf den Erfahrungen der Organisation "Midnight Projekte Schweiz". Ich möchte sehr bitten, dass ihr diesem Pilotprojekt zustimmt. Es ist ein 4 monatiges Pilotprojekt. Es ist wichtig, dass dieses Projekt regelmässig stattfindet. Viel-

leicht zum Abschluss noch einige Durchschnittszahlen. Es geht von der Teilnahme von 20 Jugendlichen in einer Turnhalle im katholischen Aargau bis zu über 140 Jugendlichen, im Durchschnitt, in Luzern. Ein guter Durchschnitt liegt etwas bei 50 Jugendlichen. Ich bin sehr gespannt wie viele Jugendliche in Zollikofen an diesem Anlass teilnehmen werden und was sich dadurch bei uns verändern kann.

Präsidentin: Wir haben nun vielseitige Informationen erhalten. Ich möchte die Diskussion nun abschliessen. Die Herren Röthlisberger und Burren haben sich noch zu Wort gemeldet, anschliessend würde ich gerne mit dem Budget weitermachen.

Armin Röthlisberger, SVP: Wir haben nun eine lange Erklärung gehört, wie gut, dass man zu den Jugendlichen schauen soll. Wenn ich zurückdenke wie viele Jahre ich als Trainer im FC Zollikofen gearbeitet habe und zwar gratis. Und wie viel heute noch gratis geleistet wird. Dieses Projekt ist sicher eine gute Idee, wieso sollen die Jugendlichen ein solches Projekt nicht freiwillig anstossen ohne Bezahlung. Nach einer erfolgten Durchführung kann man dann beurteilen wie das Projekt läuft. Dies wäre auch mal eine gute Vorgabe. Für ein 4 monatiges Projekt Fr. 6'000.00 auszugeben damit allenfalls einmal eine Turnhalle von 21.00 bis 24.00 Uhr offen gehalten wird, finde ich masslos übertrieben. Nun noch zur angesprochenen Gewaltlosigkeit. Es ist immer alles so gewaltlos, es sind alles liebe Leute. Im letzten Jahr hat die Jufo im Sekundarschulhaus ein Fussballturnier organisiert. Mein Junge hat von ausserhalb zugeschaut hat wie sie drinnen Fussball gespielt haben. Um 23.00 Uhr hat mir mein Sohn telefoniert, wir waren noch auswärts beim Nachtessen. Atemlos ist er zu einem Kollegen geflüchtet, damit er Schutz finden konnte, weil sie ihn abstechen wollten. Also, so gewaltlos, wie hier proklamiert wird, sind die Projekte für die Jugendlichen auch nicht. Die Jugendlichen gehören ab 22.00 Uhr nach Hause wenn sie nicht volljährig sind, damit die Eltern sie überwachen können. Die Eltern sind für die Jugendlichen verantwortlich. Ich erhalte meinen Streichungsantrag betreffend den Fr. 24'000.00 aufrecht.

Präsidentin: Wünscht Herr Burren noch das Wort für neue Erkenntnisse?

Markus Burren, SVP: Es geht noch einmal um die Fr. 24'000.00. Es war hier vorne nicht ganz klar wie ich auf die 4 Monate gekommen bin. Thomas Ackermann hat vorhin ausgeführt, dass es sich um eine Projektphase von September bis Dezember handelt. Wenn man die Fr. 24'000.00 durch ein Jahresbetreffnis von 38 Wochen teilen würde und anschliessend noch durch 3 teilt, ergibt dies pro Stunde Fr. 200.00. Der entsprechende Betreuer würde uns somit Fr. 200.00 kosten. Wenn man noch etwas für die Materialkosten rechnet, die Hallenmiete wird ohnehin geschenkt, dann sind wir bei Fr. 150.00 pro Stunde. Dies finde ich nicht ganz gerechtfertigt. Für eine Projektphase ist das nicht ganz in Ordnung. Es gibt ja auch rund 200 Renault-Vertreter im Kanton Bern. Und bei diesen kann ich ein Auto kaufen. Nun gibt es den neuen Renault Supervision, dieser kostet Fr. 24'000.00. Ich habe diesen noch nicht gesehen, aber ich kaufe diesen sicher nicht. Ich kaufe nicht gerne die Katze im Sack. Hier konnte man mir nicht einmal genau erläutern um was es eigentlich geht. Also kaufe ich das sicher nicht.

Präsidentin: Michel Cotting, als Abschluss zu diesem Punkt hat jetzt das Wort. Anschliessend gehen wir weiter.

Michel Cotting, Gemeinderat: Diese Fr. 24'000.00 beziehen sich auf ein Projekt von der Dauer eines Jahres. Wir sind davon ausgegangen, dass dieses Projekt am 1. Januar starten könnte. Klar wird es eine Vorbereitungs- und eine Durchführungsphase geben. Anschliessend wird dieser Pilotversuch ausgewertet und wir werden entscheiden in welcher Form das Projekt weitergezogen wird. Fr. 24'000.00, allenfalls jährlich wiederkehrend, oder ein Betrag in dieser Grössenordnung fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates. Dieses Geschäft würde in jedem Fall wieder in diesem Rat behandelt

wenn wir die Pilotphase ausgewertet hätten und man zum Schluss käme, dass man das Projekt weiterziehen möchte. Spätestens im nächsten Budget. Das Grobkonzept inklusive Finanzierung lag dem Gemeinderat bei seiner Entscheidung vor. Wir verfügten somit über die notwendigen Zahlen. Wenn ich gewusst hätte, dass der Rat über die Details Auskünfte wünscht, hätte ich dies sehr gerne vorbereitet. Aber noch einmal. Es geht darum, die Jugendlichen von der Strasse wegzuholen und zwar betreut. Das ist der Hauptaspekt dieses Projektes. Es handelt sich hierbei nicht um ein Projekt des Gemeinderates sondern wurde von den Jugendlichen selber gestartet. Es wird auch von Jugendlichen, mit Betreuung von Erwachsenen, durchgeführt.

Präsidentin: Vielleicht eine Bemerkung für künftige Budgetsitzungen. Wenn man die Fragen, im Detaillierungsgrad, wie sie hier gestellt wurden, vorgängig bei der Verwaltung einreicht, dann können diese sicher auch beantwortet werden. Es ist der Qualität hier im Rat damit nur dienlich. Markus Burren, aber bitte ganz kurz.

Markus Burren, SVP: Zur Einreichung von Fragen. Wir haben diese Position in den Protokollen offen gelegt. Es waren alle im Besitz dieser Protokolle. Die Verwaltung mailt alles umher, wieso habt ihr unser Protokoll diesmal nicht erhalten? Dann hätte man hier die Antwort geben können.

Präsidentin: Herr Burren ich möchte nicht ein Hin und Her. Das Thema hier sind allgemeine Fragen zum Konzept "Midnight Sports" und ich denke, die gestellten Fragen waren in einem Detaillierungsgrad welcher nicht als allgemein bezeichnet werden kann. Jetzt gehen wir weiter. Ich denke der Rat konnte sich seine Meinung durch die verschiedenen Voten bilden. Meine Frage ist nun, ob noch Fragen zu anderen Konten im Bereich Gesundheit bestehen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung des Antrages zu Seite 14. Konto 450.365.03. Der Antrag der SVP lautet auf Streichung von Fr. 24'000.00 für das Projekt "Offene Turnhallen".

**Der Antrag der SVP wird mehrheitlich abgelehnt.**

#### **Konto 5 Soziale Wohlfahrt, Seiten 15 bis 18**

Keine Wortmeldungen

#### **Konto 6 Verkehr, Seiten 18 bis 19**

Keine Wortmeldungen

#### **Konto 7 Umwelt und Raumordnung, Seiten 19 bis 24**

Peter Bähler, SVP: Eine Frage. Es geht um die Position 720.319.01, Informationen Abfallentsorgung. Hier sind Fr. 10'000.00 für eine Überprüfung Standortbestimmung enthalten. Dem Vernehmen nach sollen für diese Arbeiten Externe beauftragt werden. Wieso, kennt die Verwaltung die Situation der Abfallentsorgung nicht? Es ist ein Armutszeugnis, dass man nicht einmal den Ist-Zustand kennt. Meine Frage: Was ist im Pflichtenheft in der Zielformulierung für diesen Auftrag vorgesehen und was verspricht man sich davon?

Präsidentin: Sind zu diesem Kapitel weitere Wortmeldungen gewünscht?

Markus Burren, SVP: Ich komme zur Position 710.362.01. Es ist kein Kürzungsantrag, das kann ich schon sagen. Mit Erstaunen konnte ich im Anzeiger lesen, dass unsere ARA ein Baugesuch zur Vergärung von Grün- und Gärgut eingereicht hat. Zu diesem Thema dürfte ich eigentlich nicht sprechen, aber weil wir das Material auf unserer An-

lage nicht verarbeiten können, kann ich dazu sprechen und kann meine Fragen, meine Gedanken offen legen. Was mich stört ist, dass man diese Anlage offenbar gezielt mit Überkapazitäten ausgebaut hat. Schauen wir ein wenig weiter, zur ARA Neubrück. Bei dieser, wird gemäss Werbung das Biogas, zur Betreuung der Busse von Bern - Mobil hergestellt. Um die Anlage besser auslasten zu können, wird oder soll mehr Gas produziert werden. Um dies zu erreichen, kommt von weit her Flüssiggas. Zum Beispiel von den chemischen Betrieben in Basel. Das Material wird nicht mit gasbetriebenen Fahrzeugen auf Bern geführt sondern mit Dieselfahrzeugen. Aber in Bern will man mit Biogas "grün" fahren. Wieso wird dieses Material überhaupt in Bern entsorgt und nicht gleich in Basel, dort wo es anfällt? Es ist ein ganz einfacher Grund. Weil es hier in Bern, bei der ARA-Neubrück am günstigsten ist. Oder weil diese sogar noch etwas zahlen, je nach Material wird sogar noch der Transport übernommen und das zu überhöhten Preisen. Wie kann man das? Überhöhte Preise für ein Abfallprodukt bezahlen nur weil man das Gas will und sagen kann, wir in Bern fahren "grün". Aber rechnerisch wie geht das auf? Rechnerisch kann es nicht aufgehen. Es ist eine Spezialfinanzierung. Spezialfinanzierung heisst meistens, dass jemand bezahlen muss. Und das ist jeder, welcher Wasser bezieht und damit Abwasser produziert. Hier ist die Frage: Bezahlte nicht jemand zu viel? In einer falschen Rechnung, damit Bern - Mobil günstig fahren kann. Die Antwort könnt ihr euch selber geben. Zurück zu unser ARA. Die Überkapazitäten, welche ich vermute, sind mit Geld aus unserer Spezialfinanzierung gebaut worden. Das heisst jeder von uns hat namentlich einen wesentlichen Beitrag dazu beigetragen. Wie funktioniert der Grüngutsektor überhaupt? Entweder ist man so stark spezialisiert, dass man der Einzige auf der Welt, oder in der Region ist, der das verarbeiten kann oder man ist ganz einfach der Günstigste. Weil letztendlich ist der Preis massgebend. Wo der Preis nicht massgebend ist, ist in der Theorie und in der Politik. In der Politik wird viel schön geredet, sei dies hier, manchmal auch in Bern im Grossen Rat, im Nationalrat oder im Bundesrat. Je nachdem wie der Wind weht. Im Moment ist Biogas Mode und man muss die Busse damit betreiben können. Meine Fragen. Es ist eine einfache Anfrage. Ich wollte dies zu diesem Budgetposten zuerst offen legen. Von wo stammt dieses Material, welches in unserer ARA aufbereitet wird? Was ist es für eine Materialart? Zu welchen Preisen oder Transportkosten kann dieses Material entgegen genommen werden? Wie viel muss zusätzlich investiert werden, damit die Anlage überhaupt tauglich wird? Wie viel, das muss die Konsequenz aus dem Ganzen sein, wird unsere Rechnung voraussichtlich entlastet respektive die Position 710.362.01. Das wäre die Quintessenz daraus oder, dass unsere ARA-Gebühr von heute Fr. 2 pro Kubik gesenkt werden müsste. Achtung wir sind gerade dabei eine weitere Anlage mit Überkapazität zu planen, namentlich die KEWU. In dieser Anlage werden heute jährlich 12'000 Tonnen verarbeitet. Neu soll eine Anlage mit 20'000 Jahrestonnen gebaut werden. Das sind auch wieder Überkapazitäten. Welche auch wieder mit unseren Gelder finanziert werden. Eine Anlage mit 8'000 Tonnen Überkapazität kann man nur mit Dumpingpreisen füllen.

Präsidentin: Sind weitere Fragen zum Bereich Umwelt und Raumordnung Seite 19 bis 24? Das ist nicht der Fall. Frage an den Gemeinderat, bzw. die Gemeinderätin, ob sie etwas beantworten möchte. Ansonsten nehmen wir diese einfache Anfrage entgegen.

Liselotte Huber-Affolter, Gemeinderätin: Ich habe eine Antwort auf eine vorherige Frage, aber die Fragen von Markus Burren müssen entgegen genommen werden, diese kann ich nicht beantworten.

Markus Burren, SVP: Ich habe auch nicht erwartet, dass meine Fragen sofort beantwortet werden können.

Liselotte Huber-Affolter, Gemeinderätin: Zur Position 720.3019.01 steht eine Frage im Raum. Ich möchte gerne unser Armutszeugnis ausbügeln. Wir haben ganz sicher eine

Ahnung über die Situation der Abfallentsorgung. Es geht hier vor allem um die Sammelstelle in der Lätti, wir müssen diese vergrössern oder umbauen. Wir können dies nicht alles selber machen. Wir haben mit diesem Projekt lange zugewartet, da wir nicht wussten was mit der Lätti passieren würde. Wir müssen hierzu einen Spezialisten hinzuziehen. Ob dies Fr. 10'000.00 kosten wird oder nicht, das wissen wir heute noch nicht. Aber wir brauchen dazu den Rat eines Spezialisten, damit wir dieses Armutszeugnis wieder abschaffen können.

Peter Bähler, SVP: Ich möchte für die Antwort danken. Dass es um Sondersammellstellen geht konnte ich dem Text einfach nicht entnehmen.

#### **Konto 8 Volkswirtschaft, Seite 24**

Keine Wortmeldungen

#### **Konto 9 Finanzen und Steuern, Seiten 24 bis 27**

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe eine Frage zur Seite 26, Konto 990.331.00, Harmonisierte Abschreibungen Verwaltungsvermögen. Ich gebe zu, ich bin kein Finanzspezialist. Wenn ich diesen Mechanismus richtig verstanden habe, wird aufgrund des erwarteten Überschusses der Laufenden Rechnung, der Betrag dieser harmonisierten Abschreibungen um 0.25 Mio. erhöht werden müssen. Meine Frage ist, ist dies korrekt und kann man dies jetzt bereits machen oder muss man warten bis die Rechnung abgeschlossen ist? Ich stelle die Frage deshalb, weil, wenn es so ist wie ich meine, dann würde das Budget, welches man dem Volk vorlegt, noch einmal um eine Viertelmillion schlechter aussehen. Oder ist das falsch?

Präsidentin: Möchte hier Daniel Bichsel die Antwort geben?

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Vom Überschuss der Laufenden Rechnung 2010, welchen wir in der Abschlussprognose erwähnt haben, wussten wir ja vorher nichts, sonst hätten wir diesen bereits kommunizieren können. Sie würde nicht schlechter, sie würde höchstens besser, wenn der GGR bereits ist, die zusätzlichen Abschreibungen beim Rechnungsabschluss 2010, vorzunehmen. Das Resultat für 2011 in dieser Position würde um Fr. 250'000.00 weniger hoch ausfallen. Die Rechnung würde somit besser. Aber, zur Abschlussprognose. Man müsste dann andere Positionen ins Negative korrigieren und somit ist hier auch noch ein Hinweis in die Abschlussprognose verbunden. Die jetzt glücklichen 1.8 Mio. welche wir entgegen nehmen können, führen im nächsten Jahr zu einer Erhöhung des direkten Finanzausgleiches. Betragsmässig etwa im gleichen Umfang, wie wir die Abschreibungen von rund 200'000.00 bis 250'000.00 einsparen können. Es wird sich wieder die Waage halten. Deshalb verzichten wir hier auf Korrekturen. Notabene wissen wir nicht, ob die Rechnung auch genau so abschliessen wird.

Präsidentin: Sind weitere Wortmeldungen zum Bereich Finanzen und Steuern?

Toni Oesch, FdU: Ich habe im Bereich Finanzen und Steuern noch eine Bemerkung zu den Steuersenkungen. Wenn nämlich die Konsumenten nicht konsumieren, haben die Unternehmungen auch keinen Anreiz zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Anlässlich der Diskussion zur dringlichen Interpellation von Herrn Vanoni, welche wir im März behandelt haben, war ich wahrscheinlich der Einzige der gesagt hat, dass diese Steuersenkung in Ordnung sei. Herr Vanoni, ich erwähne ihn gleich noch mal, hat im MZ vom 23. September unter dem Titel: "Budget 2011: Saftige Quittung für bürgerliche Wahlgeschenke" einen reisserischen und hysterischen Artikel geschrieben. Damit stellt sich die GFL selbst in die linke Ecke, also links der SP. Ende November

findet noch die Eidgenössische Abstimmung über die Initiative der SP statt. Er meint das Gemeindebudget und erwähnt ein Wahljahr. Wir haben im 2008 auch ein Wahljahr gehabt und eine Steuersenkung beschlossen. Es ist also sehr verwirlich Herr Vanoni. Glücklicherweise ist diese Revision auch für die Gemeinden verbindlich, denn wenn diese die heutige wirtschaftliche Situation nicht erfassen, machts eben der Kanton. Man muss erwähnen, dass wir eine rote-grüne Regierung haben. Diese hat sich nun auch im Grossen Rat durchgesetzt. Im Grossen Rat wurde auch noch ein Referendum angedroht. Nun macht man einfach eine Initiative. Man will die Sozialabzüge noch erweitern und noch die Pauschalsteuer, welche man für die erwerbslosen Ausländer hat, im Kanton Bern abschaffen. Das ist kompletter Blödsinn. Das sind goldene Eier. Diese Leute, welche die Infrastruktur, in Orten wie z.B. Gstaad, benützen, zahlen auch die Gebühren, wir zahlen nicht einfach gewöhnliche Steuern. Ich kann es noch ausrechnen was diese Leute für Steuern zahlen. Er meint dies wären Wahlgeschenke für Grossverdiener. Meine Meinung ist, dass dies ein Geschenk, für den "Kleinen Mann" ist, aber auch für den geplagten Mittelstand. Der Mittelstand umfasst für mich etwa ein Einkommen von Fr. 80'000.00 bis rund Fr. 150'000.00. Der geplagte Mittelstand wird am Meisten "gerupft". Er hat auch keine Ermässigung der Krankenkassenprämie und keine Ermässigungen der übrigen sozialen Tarife, wie z. B. bei den Kindern oder bei Stipendien. Wir haben im 2010 wieder viel zu viele Steuern gezahlt. Dies haben die Steuerzahler wieder zugute. Darum haben wir im Vorstand der FdU beschlossen, dass wir keinen Antrag für eine Steuersenkung für nächstes Jahr stellen, weil dies nun der Kanton für uns macht. Aber wir winken die Steuererhöhung im 2012 nicht einfach durch. Ich habe es schon erwähnt, die Überabschreibungen gehören in das Eigenkapital.

Präsidentin: Bestehen weitere Bemerkungen zum Bereich Finanzen und Steuern? Das ist nicht der Fall.

### **Produktbudget 2011 für die Sekundarstufe I (Konto 212)**

Präsidentin: Dann kommen wir zum Produktbudget 2011 für die Sekundarstufe I. Gibt es Bemerkungen? Ist nicht der Fall. Somit stimmen wir über das Budget ab. Die Botenschaft werden wir am Schluss noch behandeln.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte vor der Abstimmung noch eine persönliche Erklärung abgeben. Den Entscheid des Grossen Gemeinderates beim Thema Gesundheitsförderung akzeptiere ich. Was ich nicht akzeptieren kann ist, wie dieser Entscheid zustande gekommen ist. Der Entscheid steht im Widerspruch zu den geltenden Arbeitsverträgen, über welche die Gesundheitskoordinatorinnen verfügen. Diese Arbeitsverträge laufen, zwar nur kurz, das gebe ich zu, aber sie laufen in das nächste Budgetjahr hinein. Der Kürzungsantrag des Gemeinderates steht im Widerspruch zu dieser geltenden Leistungsvereinbarung, welche vorsieht, dass sich diese automatisch verlängert, wenn nicht frühzeitig eine Änderung gemacht wird. In dieser Leistungsvereinbarung ist pro Woche eine Lektion für die Gesundheitskoordinatorinnen vorgesehen. Diesen Kürzungsantrag hat der Gemeinderat ohne jede Rücksprache oder Information der Betroffenen gefällt. Meiner Meinung nach ist dies ein Verstoss gegen Treu und Glauben. Aufgrund des Zustandekommens dieses Kürzungsantrages werde ich dem Budget nicht zustimmen.

Präsidentin: Somit kommen wir zur die Abstimmung über das Budget. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

### Abstimmung

- B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesst der Rat mit 31 gegen 1 Stimmen bei 1 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 33, Vorsitz stimmt nicht mit):**

**Die Produktdefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontogruppe 212) für das Jahr 2011 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2011 von Fr. 372'450.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Voranschlag 2011, genehmigt.**

Präsidentin: Nun kommen wir zu Buchstabe C.

### Abstimmung

- C) Zu Handen der Stimmberechtigten beschliesst der Rat mit 29 gegen 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 33, Vorsitz stimmt nicht mit):**

- 1. Der Voranschlag für das Jahr 2011 wird genehmigt.**
- 2. Für das Jahr 2011 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:**
  - a. Ordentliche Steueranlage: das 1,40 fache der gesetzlichen Einheitssätze;**
  - b. Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes;**
- 3. Die Hundetaxe im Jahr 2011 beträgt Fr. 100.00 für jedes Tier.**

Präsidentin: Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Thomas Ackermann, GPK: Wir haben mehrere Bemerkungen über mehrere Seiten. Soll ich die Bemerkungen immer auf der jeweiligen Seite anbringen oder gleich zu Beginn alle Bemerkungen anbringen?

Präsidentin: Gerne bei der entsprechenden Seite. Wir können dann dort gleich darüber abstimmen.

Thomas Ackermann, GPK: Dann werde ich mich bei Seite 2 melden.

Präsidentin: In Ordnung. Bemerkungen zu Seite 1? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 2?

Thomas Ackermann, GPK: Die GPK hat auf Seite 2 folgende Bemerkung: Beim Abschnitt, welcher beginnt mit: "Das Ergebnis des Voranschlages(...)". Der rückläufige Steuerertrag muss mit der kantonalen Steuergesetzrevision erklärt werden. Dann kommt im Text gleich der Begriff "die höheren Sozialhilfekosten", diese müssen ersetzt werden durch: "höherer Anteil am kantonalen Lastenausgleich Sozialhilfe". Dies ist eine Präzisierung betreffend des Lastenausgleichs.

Präsidentin: Sind weitere Wortmeldungen zu Seite 2 gewünscht?

Heinz Buser, FDP: In der Mitte der Seite steht: "dass in ein Jahr die Erhöhung der kommunalen Steueranlage intensiv geprüft werden muss." Es reicht völlig, wenn "geprüft werden muss", steht, das Wort "intensiv" braucht es nicht. Entweder wird seriös geprüft oder nicht geprüft.

Präsidentin: Weitere Bemerkungen zu Seite 2?

Thomas Ackermann, CVP: Die CVP stellt den Antrag, dass im Abschnitt, welcher beginnt mit: "Das Ergebnis des Voranschlages(...)", der letzte Satz gestrichen wird. Dieser Satz lautet: "Die Gemeindebehörden machen bereits heute darauf aufmerksam, dass in einem Jahr die Erhöhung der kommunalen Steueranlage intensiv geprüft werden muss." Dieser Satz soll gestrichen werden, weil es einerseits klar ist, dass es jedes Jahr geprüft wird, dass muss man nicht extra noch erwähnen. Bezüglich der Steuererhöhung muss man abwarten wie es sich entwickelt. Wenn man dies so stehen lässt, riecht es ein wenig nach Panikmache.

Präsidentin: Weitere Bemerkungen zur Seite 2 der Botschaft? Das ist nicht der Fall. Wir gehen wie folgt vor. Wir stimmen zuerst einzeln über die GPK Änderungen ab. Daniel Bichsel möchte noch etwas zur Seite 2 bzw. zu den Anträgen der GPK sagen.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Bei den Anträgen der GPK haben wir den Eindruck, dass wir diese im Sinn einer Präzisierung entgegen nehmen können. Ich würde dies folgendermassen umformulieren: (...) "der rückläufige Steuerertrag infolge kantonaler Steuergesetzrevision", und, damit es nicht heisst "Sozialhilfekosten" wird präzisiert: (...) "die höheren Kosten für den Lastenausgleich Sozialhilfe (...)", dies wäre im Sinn der GPK. Hier würde man seitens des Gemeinderates entgegenkommen.

Präsidentin: Besten Dank Daniel Bichsel. Ist der Rat einverstanden, wenn wir diese Anträge der GPK so entgegen nehmen und das Büro die Botschaft anpassen wird? Wir würden dies nun ohne Abstimmung machen. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall.

Der Botschaftstext lautet wie folgt:

**"(...) der rückläufige Steuerertrag infolge kantonaler Steuergesetzrevision und die höheren Kosten für den Lastenausgleich Sozialhilfe (...)"**

Präsidentin: Somit kommen wir zu den beiden anderen Anträgen. Zuerst zum Antrag der FDP. Es geht um den letzten Satz des mittleren Abschnittes: "Die Gemeindebehörden machen bereits heute darauf aufmerksam (...)". Die FDP möchte in diesem Satz das Wort "intensiv" gestrichen haben und die CVP möchte den ganzen Satz gestrichen haben. Wir stellen diese beiden Anträge einander gegenüber.

Heinz Buser, FDP: Ich schlage vor, den Antrag der CVP zur Abstimmung zu bringen, wir ziehen unseren Antrag zurück.

Präsidentin: Der FDP-Antrag wurde zurückgezogen. Wir stimmen über die Streichung des letzten Satzes, ich lese diesen nicht noch einmal vor, ihr habt dies mitbekommen, ab. Wer den ganzen Satz gestrichen haben will, soll dies mit Handaufheben zeigen.

**Der Antrag der CVP wird grossmehrheitlich angenommen.**

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 3? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 4? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 5?

Thomas Ackermann, GPK: Die GPK hat eine Bemerkung zur Seite 5, Soziale Wohlfahrt, in Zusammenhang mit dem was auf Seite 10 steht, Alimenteninkasso in der Position 585. Hier besteht eine grosse Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Daniel Bichsel hat uns dies in der GPK erklärt und auch versprochen einen entsprechenden Kommentar einzufügen. Ich nehme an, Daniel, du machst einen Vorschlag, wie dieser Kommentar lauten soll.

Präsidentin: Sind weitere Bemerkungen zur Seite 5? Das ist nicht der Fall. Somit darf ich Daniel Bichsel das Wort erteilen, um diesen Vorschlag zu formulieren.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Der Gemeinderat hat einen Vorschlag zu den Kinderalimenten, welchen man einschieben könnte. Ich weiss nicht ob ich diesen im Wortlaut vorlesen soll, er liegt dem Büro vor. Er ist im Sinn der GPK. Es wird erläutert, warum es zu einer Zunahme der Kinderalimente kommt. Ich kann es hier kurz sagen, damit alle Bescheid wissen. Die Zunahme liegt in der leicht steigenden Zahl der bevorschussenden Fälle sowie, also einerseits höhere Ausgaben, aber auch rückläufige Einnahmen, weil wir weniger Rückerstattungen erhalten. Dies ist mit der allgemeinen Wirtschaftslage begründet und einzelnen schwierigen Inkassofällen. Dies würden wir so einfügen. Wir würden auch den Hinweis einfügen, dass die Nettokosten der Alimentenbevorschussung, nicht bei der Gemeinde bleiben, sondern werden dem Lastenausgleich Sozialhilfe zugeführt. Das war auch der Grund, warum bis jetzt in diesem Konto nichts enthalten war. Aber wir können dies so ergänzen.

Präsidentin: Ist der Rat einverstanden wenn wir das im Büro so entgegen nehmen und redaktionelle Anpassungen in der Botschaft vornehmen? Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Dann machen wir dies so.

Der Botschaftstext lautet wie folgt:

**"(...) Für die Bevorschussung von Kinderalimenten wendet die Gemeinde netto 0,3 Mio. Franken auf, was einer Zunahme von 45 % gegenüber dem Vorjahresbudget entspricht. Die Zunahme liegt in der leicht steigenden Zahl der zu bevorschussenden Fälle sowie in einem rückläufigen Ertrag aus Rückerstattungen (schwierigere Inkassofälle) begründet. Die Nettokosten können dem Lastenausgleich Sozialhilfe zugeführt werden. (...)"**

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 6? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 7?

Thomas Ackermann, GPK: Nur eine kleine Bemerkung. Im vierten Absatz der letzte Satz, beginnend mit (...) "Fr. 360'000.00 an die Stadt Bern für die teilweise Abgeltung (...)". Das Wort "teilweise" ist neu in die Botschaft eingefügt worden. Es ist aber korrekt, weil nicht sämtlich Zentrumslasten durch die Regionsgemeinden abgegolten werden. Es ist auch kein Abänderungsantrag sondern nur ein Hinweis.

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe noch eine Bemerkung zur Seite 6. Es ist mir etwas zu schnell gegangen um diese Zeit. Darf ich darauf zurückkommen.

Präsidentin: Ja, bitte.

Bruno Vanoni, GFL: Auf der Seite 6 bei Finanzen und Steuern steht im ersten Abschnitt in der zweiten Zeile: "Die Mindererträge von 0,5 Mio. entsprechen den erwartete-

ten Einnahmeausfällen, die sich aus der Steuergesetzrevision 2011 ergeben." Genau genommen sind es die Einnahmeausfälle, welche sich aus der ersten Etappe dieser Steuergesetzrevision ergeben. Im nächsten Budget kommen noch zusätzliche Einnahmeausfälle hinzu. Darum fände ich es korrekt, auch gegenüber den Stimmberechtigten, dies zu deklarieren, indem man im Nebensatz einfügt: (...) "die sich aus der ersten Etappe der Steuergesetzrevision 2011 ergeben."

Präsidentin: Herr Bichsel hat bejaht, dass dies korrekt ist. Wir stimmen darüber ab.

### **Der Antrag der GFL wird mehrheitlich angenommen.**

Der Botschaftstext lautet wie folgt:

**"(...) Die Mindererträge von 0,5 Mio. entsprechen den erwarteten Einnahmeausfällen, die sich aus der ersten Etappe der Steuergesetzrevision 2011 ergeben. (...)"**

Präsidentin: Die Seite 7 haben wir bereits behandelt.

Bruno Vanoni, GFL: Zur Seite 7 habe ich noch eine Frage. In der Investitionsrechnung ist, bei der Aufzählung der verschiedenen Vorhaben, die Neuerstellung eines Minikreisels in der Fellenbergstrasse vorgesehen. Meine Frage lautet: Handelt es sich hier wirklich um einen Minikreislauf oder ist es eher ein Wendeplatz? Vielleicht kann man mir auch sagen wo genau dieses Vorhaben realisiert werden soll. Und falls es ein Minikreislauf ist, möchten wir von der GFL darauf hinweisen, dass bei den Minikreisläufen, Fachleute, beispielsweise vom TCS, davon ausgehen, dass die Verkehrssicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer gefährdet ist. Darum möchten wir ohnehin, dass man ein Auge auf diese Problematik wirft.

Präsidentin: Kann das jemand beantworten. Daniel Bichsel bitte.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Den erste Teil der Frage können wir beantworten. Es ist ein Minikreislauf, kein Wendeplatz. Joseph Crettenand hat die Bemerkung zur Kenntnis genommen, diese wird man im Projekt berücksichtigen. Noch der Standort. Nach heutigem Kenntnisstand bei der heutigen Ausfahrt des Parkplatzes bei der Post. Dort kommt auch die Ausfahrt der Einstellhalle zu stehen.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 8?

Thomas Ackermann, GPK: Eine Bemerkung der GPK. Es geht um den ersten Punkt im Beschluss. Die GPK stellt den Antrag diesen folgendermass abzuändern: "Der Stimmbürger genehmigt den Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011". Die Begründung ist diese: Die ganze Botschaft umfasst auch das Investitionsbudget und das kann der Abstimmende nur zur Kenntnis nehmen. Ich wiederhole den Satz noch einmal: "Der Stimmbürger genehmigt den Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011."

Präsident: Weitere Bemerkungen zur Seite 8? Das ist nicht der Fall. Gibt es Widerstand gegen die Präzisierung unter dem ersten Punkt? Ist nicht der Fall. Dann werden wir die Botschaft entsprechend anpassen.

Der Botschaftstext lautet wie folgt:

**"(...) 1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011 wird genehmigt."**

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 9?

---

Bruno Vanoni, GFL: Es ist das letzte Mal. Ich zweifle nicht daran, dass Daniel Bichsel dies bereits notiert hat. Aber der Vollständigkeit halber möchte ich noch sagen, dass auf Seite 3, die Zahlen der Bildung noch bezüglich des Lohnes für die "Zivis" anzupassen sind. Aber ich nehme an, Daniel Bichsel hat dies bereits aufgenommen.

Präsidentin: Sämtliche Änderungen welche sich heute ergeben haben, fliessen in das Datenmaterial und wenn nötig in den Text ein. Wir sind bei der Seite 9 der Botschaft. Weitere Bemerkungen? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 10? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 11? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 12? Ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 13? Ist nicht der Fall. Das war die letzte Seite. Somit ist diese Botschaft bereinigt. Wir kommen zur Abstimmung über die Botschaft.

### **Abstimmung**

#### **A) In eigener Kompetenz:**

**Der Botschaftsentwurf wird mit Anpassungen genehmigt.**

---

89 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend  
"Stärkung der Kommissionsarbeit"; Erheblicherklärung**

Präsidentin: Das Geschäft ist auf die Sitzung vom 17. November 2010 verschoben worden.

---

90 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend  
Hirzi-Allee**

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Realisierbarkeit (Bereitschaft der Landbesitzer, Kosten für die Planung, Pflanzung und Unterhalt, Finanzbeiträge Dritter, Mitarbeit der Bevölkerung etc.) einer Allee oder Baumreihe entlang dem Aegelseeweg zwischen dem Dorfrand und der Sportanlage Hirzenfeld (Gemeindegrenze) zu prüfen und bei positiver Beurteilung die dazu nötigen Finanzmittel rechtzeitig zu budgetieren.

Begründung:

Die gestalterische Aufwertung der Verbindung zwischen Dorf und Hirzenfeld ist für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde in mehrerer Hinsicht gewinnbringend:

- Durch die Neugestaltung der Wegverbindung gewinnt dieses wichtige Naherholungsgebiet (samt den Freizeitanlagen im Hirzenfeld) an Attraktivität.

- Eine Allee oder Baumreihe mit einheimischen Hochstammobstbäumen und/oder Feldbäumen fördert die Biodiversität und trägt zur Aufwertung des örtlichen Vernetzungskorridors (mit kantonal bedeutsamem Wildwechsel) gemäss Teilrichtplan Ökologische Vernetzung Zollikofen bei.
- Während der immer häufiger auftretenden Hitzetage im Sommer kann die Allee den Weg beschatten und so Hirzi-Besucher ermuntern, trotz sommerlicher Hitze das Velo zu nehmen oder zu Fuss zu gehen.
- Die Allee symbolisiert die enge Verbundenheit der Gemeinde mit dem Hirzenfeld.
- Falls eine Allee oder Baumreihe auch auf der Hirzi-Zufahrt der Nachbargemeinde Münchenbuchsee realisiert wird (vgl. gleichlautende, im GGR Münchenbuchsee eingereichte Motion), kann damit die beschlossene Zusammenarbeit der beiden Gemeinden beim Betrieb der Sportanlage Hirzenfeld symbolträchtig zum Ausdruck gebracht werden.
- Die Allee bietet viele Möglichkeiten für Begegnungsorte.

#### Zur Finanzierung

Es darf davon ausgegangen werden, dass sich der Fonds Landschaft Schweiz FLS, der Naturschutzverein Münchenbuchsee sowie gewerbliche und private Sponsoren (z.B. durch Patenschaften für Baumpflanzungen) an diesem Projekt finanziell beteiligen. Zudem kann damit gerechnet werden, dass die Grundbesitzer der beanspruchten Flächen durch jährliche landwirtschaftliche Direktzahlungen und auch durch Beiträge aus dem bestehenden Fonds für schützenswerte Bauten und Naturobjekte der Gemeinde entschädigt werden.

Christoph Merkli"

---

91 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Hans-Jörg Rhyh betreffend Nachtruhestörung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer durch Raser auf Bernstrasse und Kirchlindachstrasse**

"Vermehrt waren im Laufe des Sommers Klagen zu vernehmen über nächtliche Störungen durch Motorfahrzeuglenker, die mit übersetzter Geschwindigkeit und entsprechend hoher Lärmentwicklung ihrer Autos oder Motorräder durch die Gemeinde rasen.

Teilweise konnten exzessive Geschwindigkeitsüberschreitungen auch von Gartenwirtschaften aus beobachtet und "mitgenossen" werden.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von ähnlichen Klagen oder von Meldungen/Anzeigen an die Kantonspolizei?
2. Hat der Gemeinderat im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit der Polizei die Möglichkeit, mehr Geschwindigkeitskontrollen während der Nacht zu verlangen?
3. Ist der Gemeinderat bereit dazu und ist die Kantonspolizei in der Lage, solche nächtlichen Kontrollen in der wärmeren Jahreszeit vermehrt durchzuführen?

#### **Begründung:**

Bei unverhältnismässigem Verursachen von Lärm durch Einzelne oder Gruppen von hier ansässigen Menschen kann die Gemeinde nötigenfalls - gestützt auf das Polizeireglement (Art. 27-34 und 43) - eingreifen und die Verursachenden mit Bussen bis zu

---

5000 Franken bestrafen. Bei durchrasenden Motorfahrzeugführern ist dies ohne die technischen Mittel der Geschwindigkeitskontrolle nicht möglich.

Bewohnerinnen und Bewohner unserer Gemeinde haben die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des öffentlichen und privaten Raumes vor Lärm und andern umweltschädlichen Einflüssen einzuhalten. Es ist deshalb nicht einzusehen warum durchfahrende Strassenbenützer nebst der Missachtung der Höchstgeschwindigkeit auch die Lärmvorschriften ungestraft missachten können.

Hans-Jörg Rhyh"

---

92 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Markus Burren Betreffend Baugesuch (Ver-  
gärung Grün- und Gärgut) der ARA Worblental**

"Im Zusammenhang mit der Beratung des Voranschlages 2011 ergeben sich folgende Fragen

- Woher stammt das Material, welches in unserer ARA aufbereitet wird?
- Was ist es für eine Materialart?
- Zu welchen Preisen oder Transportkosten kann dieses Material entgegengenommen werden?
- Wie viel muss zusätzlich investiert werden, damit diese Anlage überhaupt tauglich wird?
- Um wie viel wird unsere Rechnung, als Konsequenz daraus, voraussichtlich entlastet respektive die Position 710.362.01?

Markus Burren"

---

Präsidentin: Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich die Mitglieder des Büros nach vorne bitten, bevor ihr nach Hause geht. Wir sind am Ende der Sitzung angelangt, Es ist 22.35. Die nächste Sitzung findet wieder unter der Leitung von Andreas Byland statt. Wegen des anschliessenden Jahresschlussessens im Freizeithaus beginnt diese Sitzung bereits um 18.00 Uhr. Um ca. 20.00 Uhr werden wir uns in Richtung Freizeithaus begeben, wo das Abendessen stattfinden wird. Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und wünsche einen schönen Abend.